

Vorbemerkung zum folgenden Artikel:

Dieser Beitrag ist im Zusammenhang mit einigen anderen Arbeiten über die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus entstanden. Die ursprüngliche Intention einer Kritik des staatsmonopolistischen Kapitalismus innerhalb eines längeren, geschlossenen Beitrags ließ sich wegen der Fülle des Stoffs nicht mehr verwirklichen, wollte man die Auseinandersetzung mit dieser Theorie nicht zeitlich immer wieder ausdehnen. Dies schien uns nicht gerechtfertigt.

Die zeitliche (ab 1945) und inhaltliche (im wesentlichen Deskription) Beschränkung des hier vorgelegten Artikels erklärt sich aus der in dieser Zusammenarbeit vollzogenen Arbeitsteilung: In den nächsten folgenden Beiträgen werden (entsprechend dem oben erwähnten Arbeitsprogramm) zu einigen Grundlagen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Beitrag zur Genesis des Revisionismus Stellung genommen sowie die methodischen Differenzen zwischen der Marxschen Theorie und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus vor allem anhand des Konkurrenz- und Monopolbegriffs herausgearbeitet werden.

Werner Petrowsky:

ZUR ENTWICKLUNG DER THEORIE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS NACH 1945

Es ist zur Zeit unmöglich, eine Geschichte der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (im Folgenden kurz: Stamokap) zu schreiben. Dafür ist diese Theorie – obwohl in ihren Grundzügen so alt – als systematischer Entwurf noch in den Kinderschuhen. Von einer fertigen Theorie kann keinesfalls gesprochen werden.¹⁾ Auch die Verfolgung der hauptsächlichen Linien der Entwicklung dieser Theorie gestaltet sich äußerst schwierig; aus mehreren Gründen.

¹⁾ Als die am weitesten entwickelten Arbeiten zum Stamokap müssen gegenwärtig gelten:

- Autorenkollektiv: „Imperialismus heute“, Berlin 1965.
- Bericht der Konferenz der KPF in Choisy-le-Roi; in: „Economie et Politique“, No. 143/144 und 145/146, Paris 1966.
- Gündel/Heininger/Hess/Zieschang: „Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, Berlin 1967.
- S. L. Wygodski: „Der heutige Kapitalismus“, Moskau 1969 (russ.)
- Autorenkollektiv: „Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus“, Moskau 1970, 2 Bände.
- Autorenkollektiv: „Traité marxiste d'Economie politique: Le capitalisme monopoliste d'Etat“, Paris 1971.
- Autorenkollektiv: „Der Imperialismus der BRD“, Berlin 1971.

Einmal, da der Entwicklungsgang im einzelnen nachvollzogen, **rekonstruiert** werden muß. Insbesondere nach dem 2. Weltkrieg haben fast alle Beiträge zu diesem Thema kein wissenschafts-historisches Verständnis; die Genesis der Theorie scheint überhaupt nicht bekannt zu sein. Das historische Bewußtsein verkürzt sich jeweils auf den letzten Partei-Beschluß, die letzte internationale KP-Tagung oder die letzte wissenschaftliche Konferenz.²⁾ Darüberhinaus sichert man sich mit einigen wenigen allgemeinen – immer wieder wiederholten – Zitaten von Lenin.³⁾ Eine marxistische Wissenschaft (oder wenigstens eine, die es vorgab zu sein, nämlich eine Wissenschaft, die ihre eigene Genesis immer mitreflektiert, scheint es seit Lenin nicht mehr zu geben.⁴⁾

Zum zweiten darf der Versuch der Darstellung der Entwicklung dieser Theorie keinesfalls bei der Nachzeichnung der (fach-) wissenschaftlichen Diskussion stehenbleiben.⁵⁾ Es wäre eine naive Ansicht, glaubte man, daß die Theorie des Stamokap in den Räumen der Akademien geboren und großgezogen worden wäre.

Die Entstehung und die Entwicklung der Theorie des Stamokap war kein kontinuierlich verlaufender Prozeß. Es gab Anstöße und Unterbindungen. Die wesentlichen davon nachzuzeichnen, will dieser Beitrag versuchen.

Die Geschichte der Theorie des Stamokap ist Ausdruck der laufenden Veränderungen der politischen Einschätzungen der KPdSU einerseits und dem Kontinuum der Rechtfertigung des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande mit den jeweiligen Methoden und **daraus** abgeleiteten Taktiken der KPen. Es ist keinesfalls so – und dazu soll dieser Beitrag Beispiele liefern –, daß hier marxistische Analysen geschaffen werden, um einer konkreten proletarischen Taktik den Weg zu weisen. Die Taktiken der KPen sind vielmehr vorformuliert und werden von deren Verhältnis zur SU und zu ihrer eigenen Geschichte bestimmt.

²⁾ Eine Ausnahme stellt der KPF-Theoretiker Paul Boccara dar, vgl. neben dem Bericht der Konferenz in Choisy-le-Roi in „Economie et Politique“ (jetzt teilweise in deutsch abgedruckt in: SOPO 11/1971, S. 7 ff.) auch die Besprechungen in: „Wirtschaftswissenschaft“, Berlin 5/1967, S. 833 ff. und V. Petschanski: „Erforschung des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (PFS), 3/1967, S. 245 ff.

³⁾ Folgende Schriften werden dabei immer zitiert:

— Lenin, Werke Bd. 22: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.
— Bd. 23: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus.
— Bd. 25: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll.
Staat und Revolution (Vorwort).

⁴⁾ Nur in den frühen 50er Jahren griff man auf die Schriften von Stalin zurück, besonders derjenigen der 30er Jahre. Eine Ausnahme stellen neuerdings einige Veröffentlichungen in der DDR dar, wo seit dem VI. und insbesondere nach dem VII. Parteitag der SED verstärkt Wissenschaftsgeschichte betrieben wird – allerdings auf die Zeit nach 45 und die Entwicklung in der DDR beschränkt.

⁵⁾ Diesen Mangel hat leider die Arbeit von Margaret Wirth: „Die Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Beitrag zu einer politökonomischen Analyse des Nachkriegskapitalismus“. Diss. FU Berlin, 1971.

Die „wahre“ Geschichte der Theorie des Stamokap könnte nur in der Nachverfolgung dieses engen Zusammenhanges von innerer Entwicklung der SU und daraus bestimmter Außenpolitik – die sich dann jeweils den konkreten internationalen Machtverhältnissen anpaßt – geschrieben werden.

Die vorliegende Arbeit muß sich dagegen notwendigerweise beschränken; sie kann nur erste Anregung zur weiteren Erforschung der „Ideologisierung“ des Marxismus im allgemeinen und der Entstehung der Stamokap-Theorie im besonderen sein. Sie bleibt deswegen auch weithin in der Deskription befangen.

Der Entwicklungsprozeß der Theorie ist in einzelne Phasen unterteilt, die sich durch politische Entscheidungen abgrenzen. Diese müssen als Springpunkte der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung begriffen werden; die Abgrenzung der Phasen voneinander ist deswegen nicht immer eindeutig. Aufgezeigt werden soll, wie diese Springpunkte Prozesse auslösen, bestimmte Thesen zu entwickeln oder zu destruieren. Ich habe mich im allgemeinen in der Entwicklung auf den Zusammenhang von Außenpolitik/außenpolitischer Einschätzung und Stamokap-Theorie beschränkt. Die Hinterfragung nach den Bestimmungsgründen dieser Außenpolitik selbst: inwieweit objektiven Veränderungen im Kapitalismus geschuldet, inwieweit Ausdruck der herrschenden Ideologie der Industrialisierungspolitik der SU, kann hier noch nicht geleistet werden. Die wenigen Hinweise, auf die sich dieser Beitrag beschränken muß, sind in späteren Beiträgen zu den zu leistenden Analysen der Übergangsgesellschaften (bes. der DDR) in umfassender Form wieder aufzunehmen.

1. Phase 1945 – 1948

In den kommunistischen Parteien war die tiefe Überzeugung vorhanden, daß das Ende des 2. Weltkrieges, der Sieg der Anti-Hitler-Koalition, den Beginn der Phase des Sozialismus in den Ländern Europas bedeute. Diese Erwartung – in Analogie zur Situation des 1. Weltkrieges – war wesentlich Stimulus zu Widerstand und antifaschistischem Kampf. Diese naive Zuversicht beruhte auf der Faschismus-Theorie der Komintern, daß nämlich mit der Vernichtung des Faschismus als letzter Form bürgerlicher Diktatur der Kapitalismus vernichtet sei und zum zweiten auf die Erwartung der revolutionären Solidarität der SU.

Aber die Zusammenarbeit der SU mit den Westmächten während des Krieges und danach wird nicht allein aus den Notwendigkeiten der militärischen Niederwerfung des Faschismus begründet. Vielmehr gehen darin die Theorie des Systemwettbewerbs und das Interesse der SU an der Sicherung der wirtschaftlichen Rekonstruktion ein. Schon während des 2. Weltkrieges sorgte sich die SU um zwei Probleme nach der Vernichtung des Faschismus: der Erhaltung des Friedens (d. h. Aufrechterhaltung des Status quo) und dem Handel mit den kapitalistischen Ländern. Sie unterstützt den Neuaufbau des Völkerbundes, die UNO, da sie diese „als wirksame Handhabe zur Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit“ begreift.⁶⁾

⁶⁾ A. Leontjew: Entstehungsgründe und Charakter des 2. Weltkrieges, in NEUE WELT, 2/1946, S. 27.

In einer Reihe von Interviews mit westlichen Journalisten meldet Stalin immer wieder sein Interesse an einer freundschaftlichen und dauerhaften Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern an:

„Stalin sagt, man dürfe sich nicht dazu hinreißen lassen, das System des anderen zu kritisieren. Jedes Volk halte an dem System fest, an dem es festhalten wolle und könne. Welches System das bessere sei, würde die Geschichte zeigen. Man müsse die Systeme achten, die vom Volk gewählt und gebilligt worden seien. Ob das System in den USA gut oder schlecht sei, sei Sache des amerikanischen Volkes. Für eine Zusammenarbeit sei es nicht erforderlich, daß die Völker das gleiche System hätten . . .“⁷⁾

Das Sowjetsystem würde ein totalitäres oder diktatorisches System genannt, aber die Sowjetmenschen nannten das amerikanische System monopolistischen Kapitalismus. Wenn beide Seiten begännen, einander Monopolisten oder Totalitaristen zu schimpfen, so würde es zu keiner Zusammenarbeit kommen. Man müsse von der geschichtlichen Tatsache ausgehen, daß zwei vom Volk gebilligte Systeme bestünden.“⁸⁾

„Völker“-Verständigung, freundschaftliche Zusammenarbeit und Systemwettbewerb sind die Hauptkriterien einer Politik geworden, in der von Klassenkampf keine Rede mehr ist.

Ein halbes Jahr vorher ist er noch optimistischer:

„Ich zweifle nicht daran, daß die Möglichkeiten friedlicher Zusammenarbeit weit davon entfernt sind, geringer zu werden, sondern sich sogar noch vergrößern können. ‚Der Kommunismus in einem Land‘ ist durchaus möglich, besonders in einem Land wie die SU.“⁹⁾

Die USA und GB könnten keine „Kapitalistische Einkreisung“ der SU herbeiführen, „selbst wenn sie einen solchen Wunsch hätten, was ich nicht behaupten kann.“⁹⁾

„Man darf den zunehmenden Einfluß der Kommunisten nicht als etwas Zufälliges ansehen. Es stellt eine vollkommen gesetzmäßige Erscheinung dar“¹⁰⁾, interpretiert Stalin die Veränderungen in Osteuropa. In den politischen Leitartikeln wird auf die Verwandlung der KPen zu Massenparteien verwiesen, auf den ungeheuren Mitgliederzuwachs der KPen¹¹⁾, auf die

7) Protokoll der Unterredung Stalin-Stassen vom 9. 4. 1947, in: NEUE WELT, 9/1947, S. 4 f.

8) Antworten J. Stalins auf die Fragen des Moskauer Korrespondenten der „Sunday Times“, Mr. Alexander Werth in einem Schreiben vom 17. September 1946, in: NEUE WELT, 10/1946, S. 5.

9) ebenda, S. 6.

10) Stalin-Interview vom 13. März 1946, zitiert bei B. Ponomarjow: Demokratische Wandlungen in den befreiten Ländern Europas, in: NEUE WELT, 8/1946, S. 40.

11) Einige Mitgliedszahlen:

Belgien: 1939: 10 000; 1946: 100 000.

Bulgarien: 1939: 8 000; 1947: 500 000 (davon 250 000 Bauern).

CSR: 1935: 80 000; 1946: 1,3 Mio.

Italien: 1939: 4 000 (ill.); 1946: über 2 Mio.

Polen: 1946: 310 000; 1947: 800 000.

Rumänien: 1944: 1 000; 1947: 700 000 (davon 300 000 Bauern).

Ungarn: 1945: 30 000; 1947: 800 000.

SBZ: 1946: 1,3 Mio.; 1947: 1,8 Mio.

(Angaben: aus verschiedenen Artikeln der NEUE WELT, 1946–47).

großen Wahlerfolge und auf die zu erwartende parlamentarische Eroberung der Regierungsgewalt.¹²⁾ Erst Ende 1946 beginnt man sich um den wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie zu sorgen:

Diese „Naivität“ in der politischen Einschätzung, gegründet auf den Glauben am naturnotwendigen Übergang zum Sozialismus, war Ausdruck der Unfähigkeit, die Rekonstruktion des Kapitalismus in Europa überhaupt nur in Betracht zu ziehen. Diese „Naivität“ aber war auch Ausdruck der Angst vor der Konfrontation mit dem erstarkten US-Imperialismus in einer Situation, in der die ‚sozialistische Rekonstruktion‘ der gesellschaftlichen Produktion unter den fürchterlichen Bedingungen eines von den Faschisten halb verwüsteten und von Hungerkatastrophen (wegen Mißernten 1945/46) heimgesuchten Landes in Angriff genommen werden mußte.

In der Einschätzung der ökonomischen und gesellschaftlichen Situation des Kapitalismus ist es vor allem Eugen Varga (aber auch andere Autoren), der in einer Reihe von Aufsätzen¹³⁾ und besonders in: „Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des 2. Weltkrieges“ (1946), einige neue Entwicklungstendenzen im Kapitalismus aufzeigt – insbesondere die wachsende Bedeutung des Staates in der kapitalistischen Ökonomie. Er entfacht damit eine Diskussion, die über die engere Thematik des Buches hinaus schießt und in Überlegungen über den Stamokap mündet. Von vielen Ökonomen wurde die Verschmelzung von Staat und Monopol als grundlegend für den Stamokap angesehen (besonders Mendelson); Smit-Falkner ging sogar so weit, den Staatskapitalismus bzw. Stamokap als eigene Entwicklungsstufe des Kapitalismus zu begreifen.¹⁴⁾ Der in der Diskussion immer wieder auftauchende Einwand, man könne die Entwicklung im Kapitalismus nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus verstehen, ist schon Ausdruck der veränderten internationalen Lage.

Nach dem Scheitern der Moskauer Tagung der Außenminister der vier Siegermächte (März/April 1947) verschärfen sich allmählich die Gegensätze zwischen der SU und den imperialistischen Mächten. Die Bürgerkriege in China, Südostasien und Griechenland sowie die ungeklärte Deutschlandfrage rücken mehr in den Blickpunkt.

¹²⁾ vgl. F. Oleschtschuk: Die Kräfte der Demokratie im Kampf gegen Faschismus und Reaktion, in: NEUE WELT 11/1946, S. 56 ff. und S. Iwanow: Die sozialistischen Parteien nach dem 2. Weltkrieg, in NEUE WELT, 13/1946, S. 27 ff.

¹³⁾ Eugen Varga in: Weltwirtschaft und Wirtschaftspolitik (russ.): 1/1945: Die entscheidende Rolle des Staates in der Kriegswirtschaft der kapitalistischen Länder. 2-3/1945: Das Problem des industriellen Zyklus nach Beendigung des Krieges (Vortrag und Diskussion). 5/1945: Der Verlauf des industriellen Zyklus nach Kriegsende in Europa. 9/1945: Die Lenkung der Wirtschaft und die Planlosigkeit in den kapitalistischen Ländern während des Krieges.

¹⁴⁾ vgl. Diskussion über das Buch: „Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des zweiten Weltkrieges“, von E. Varga, in: 1. Beiheft der SOWJETWISSENSCHAFT, 1948.

Ende September 1947 wird nach der Warschauer Konferenz der 9 KPen die Kominform gegründet. Shdanow begründet in seiner Rede über die internationale Lage klar und deutlich den Führungsanspruch der SU gemäß den Interessen ihrer Außenpolitik:

„Bei der Lösung dieser Hauptaufgabe der Nachkriegsperiode¹⁵⁾ fällt der **SU und ihrer Außenpolitik** die führende Rolle zu. Das ergibt sich aus dem Wesen des Sowjetstaates, dem alle aggressiven Ausbeuterregungen zutiefst fremd sind und der daran interessiert ist, zur Durchführung des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft möglichst günstige Voraussetzungen zu schaffen. Eine dieser Voraussetzungen ist der äußere Friede. Als Trägerin eines neuen, höheren Gesellschaftssystems spiegelt die SU in ihrer Außenpolitik die Wünsche der gesamten fortschrittlichen Menschheit wider.“¹⁶⁾ Diese Außenpolitik orientiert sich an der friedlichen Koexistenz:

„. . . Die sowjetische Außenpolitik geht von der Tatsache aus, daß zwei Systeme – der Sozialismus und der Kapitalismus – für eine **längere** Periode nebeneinander bestehen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Ländern anderer Systeme unter der Bedingung, daß das Prinzip der Gegenseitigkeit gewährt und übernommene Verpflichtungen eingehalten werden.“¹⁷⁾

2. Phase 1948 – 1955

Der Bruch mit Jugoslawien im Juni 1948 im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Marshall-Plan führt endgültig zu einer neuen Phase in der Beurteilung der kapitalistischen Gesellschaft. Wurde Titos Jugoslawien früher als Vorbild der osteuropäischen Länder gepriesen¹⁸⁾, wird es nun als faschistische Diktatur Titos verdammt.¹⁹⁾ Dieser Bruch bietet die Möglichkeit der Ausschaltung innerparteilicher Kritiker, der massiven Kritik an neuen Theorie-Versuchen der Gesellschaftswissenschaftler über Probleme des Sozialismus wie des Kapitalismus.

Die Beschäftigung mit den ökonomischen Problemen der kapitalistischen Staaten ändert sich: man wendet sich verstärkt Problemen des Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu. Schon am 2. Januar 1948 war in der PRAWDA ein Angriff auf Varga erschienen, der sich gegen seine Feststellung der Verarmung der westeuropäischen Staaten richtete. Verlieft aber die Auseinandersetzung im Mai 1947 noch im Rahmen einer wissen-

¹⁵⁾ gemeint ist: Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege und imperialistischer Expansion sowie gegen faschistische Reste; für die Festigung der Demokratie.

¹⁶⁾ A. Shdanow: Über die internationale Lage, in: NEUE WELT 20/1947, S. 9 (Hervorh. vom V.)

¹⁷⁾ ebenda, S. 11 (Hervorh. vom V.)

¹⁸⁾ vgl. die Artikel in der EINHEIT, z. B.: Boris Kidric: Der Charakter der Wirtschaft Jugoslawiens, 7/1947 und: Einige Grundfragen der Wirtschaft Jugoslawiens, 11/1947.

¹⁹⁾ vgl. z. B. den Beschluß des 13. ZK-Plenum der SED (Mai 1953) in: NEUES DEUTSCHLAND vom 20. 5. 1953, wo Tito als „faschistischer Henker des jugoslawischen Volkes“ bezeichnet wird.

schaftlichen Diskussion, so wird hier die These einfach mit der Begründung destruiert, dies wäre eine „unkritische, **objektivistische** Darstellung“, da dieses Argument den „Kettenhunden des Imperialismus“ (gemeint ist die Sozialdemokratie) entgegenkomme.²⁰⁾ Im Frühjahr 1949 wird eine Kampagne gegen eine Reihe von Ökonomen gestartet, unter ihnen wieder vor allem Varga. Die Kritik richtet sich global gegen den „Akademismus der ‚reinen‘ Theorie“; d. h. den Versuch einer ökonomischen Analyse des Kapitalismus. Man bemängelt die fehlende Ausrichtung auf die (augenblicklichen) praktischen Bedürfnisse der SU.²¹⁾

Unter Führung von Ostrowitjanow wird Varga Reformismus vorgeworfen. Richtete sich 1947 die Kritik gegen einzelne ökonomische Thesen, so wird jetzt die politische Implikation, die angedeutete Taktik bei Varga gebrandmarkt. Besonders die folgenden Stellen werden scharf angegriffen:

„Der Staat wird in Zukunft eine bedeutendere Rolle spielen als während des Krieges. Die Frage der größeren oder geringeren Beteiligung an der Staatsverwaltung wird den Hauptinhalt des politischen Kampfes zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, der Bourgeoisie und dem Proletariat, bilden.“²²⁾

„Die Bourgeoisie Europas . . . erkennt jetzt selbst, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung einer grundlegenden Reform bedarf, daß man nicht ohne Maßnahmen wie Nationalisierung der wichtigsten Produktionszweige, staatliche Kontrolle der Wirtschaft, „Planung der Wirtschaft“ auskommen kann. . . Heute, dreißig Jahre nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, **wird der Kampf in Europa in seiner historischen Entwicklung immer mehr zu einem Kampf um das Tempo und um die Formen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.**“²³⁾

„. . . Die Bourgeoisie Europas (gibt) zu, daß die Menschheit im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nur weiterbestehen kann, wenn ‚sozialistische‘ Maßnahmen durchgeführt werden.“

Und weiter im Gedankengang behauptet Varga dann, daß die Möglichkeit des „langsamen, allmählichen und friedlichen Übergangs zu einem ‚demokratischen Sozialismus‘ als Gegengewicht zu den ‚russischen Methoden des Bolschewismus‘ . . . nicht nur ein Spiel mit Worten, nicht nur ein Manöver darstellt.“²⁴⁾

²⁰⁾ zit. aus SOWJETWISSENSCHAFT, 4/1949.

²¹⁾ vgl. verschiedene Stellungnahmen in SOWJETWISSENSCHAFT: 2/1949, 3/1949, 4/1949.

²²⁾ Eugen Varga: „Veränderungen in der kap. Gesellschaft . . .“, S. 318; zit. in: SOWJETWISSENSCHAFT 4/49: „Mängel und Aufgaben der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsaufgaben“, S. 236 (Hervorh. von Varga).

²³⁾ E. Varga: „30 Jahre Sozialismus und Kapitalismus“ in WELTWIRTSCHAFT UND WIRTSCHAFTSPOLITIK, 10/47; zit. in: Anm. 22.

²⁴⁾ ebenda (Hervorh. von Varga).

Daneben wird auch seine Analyse der Entwicklung der Volksdemokratien ^{24a)} verrissen. Varga leistet öffentlich eine demütige Selbstkritik ²⁵⁾ und bezichtigt sich des Reformismus.

Als Ergebnis dieser Diskussionskampagne erfolgt die Umorganisation der Wirtschaftswissenschaften in der SU. Vargas Institut wird aufgelöst. Die Zeitschrift „WELTWIRTSCHAFT UND WELTPOLITIK“, die von ihm herausgegeben wurde, muß ihr Erscheinen einstellen. In einigen Aufsätzen des Jahres 1948 wird eine Einschätzung der SU über die Lage des Kapitalismus nach dem Kriege gegeben:

„Das Gebäude des modernen imperialistischen Kapitalismus ist nicht nur einfach morsch geworden, nicht nur einfach erschüttert . . . der Kapitalismus steht vor der unmittelbaren Gefahr des Zusammenbruchs. Jetzt, nach dem 2. Weltkrieg, sind viele kapitalistische Staaten außerstande, mit kapitalistischen Mitteln einen irgendwie befriedigenden Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur sozialen Stabilisierung zu finden.“ ²⁶⁾

Dieser im Prozeß des Zusammenbrechens befindliche Kapitalismus kann sich im Systemkampf der zwei Weltlager überhaupt nicht mehr entwickeln. ²⁷⁾ Die Ursache des Noch-Bestehens wird nun gerade dem Staat zugeschrieben: „. . . Worin liegt aber die Ursache dessen, daß der Kapitalismus noch nicht in der ganzen Welt beseitigt worden ist . . . ?

J. W. Stalin führt an, daß die Hauptkraft, die den Untergang des Kapitalismus aufhält, der bürgerliche Staat ist. Die Hauptursache aber dafür, daß der bürgerliche Staat nicht vernichtet ist, liegt in der Uneinigkeit der Arbeiterklasse. . . . Somit sind die Pseudosozialisten, wie Schurnacher, Saragat, Blum und Bevin, die die Einheit der revolutionären Reihen der Arbeiterklasse spalten, die Hauptschuldigen daran, daß der Kapitalismus noch in einer Mehrzahl der Länder existiert.“ ²⁸⁾

Die Gefahr des Faschismus wird beschworen:

„Wir wissen, daß die kapitalistische Welt schwächer und schwächer wird und sich in Todeszuckungen windet. Die Bourgeoisie will aber nicht abtreten, sie versucht sich vor dem Untergang zu retten, und ist gezwungen, sich des letzten Mittels, des Faschismus, zu bedienen, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten.“ ²⁹⁾

Die letzte These wird noch öfter wieder aufgenommen: faschistische Politik betreiben Tito und Truman.

Das Bild des bevorstehenden Zusammenbruchs des Kapitalismus bleibt für lange Jahre weiter bestehen. Man beginnt sich intensiv dem Studium der Konjunkturzyklen zuzuwenden und prognostiziert bei jedem Nachlassen der

²⁵⁾ E. Varga: Gegen die reformistische Richtung in der Betrachtung des Imperialismus, in: NEUE WELT, 9/1949, S. 32 ff.

²⁶⁾ J. Kronrod: Staatskapitalismus und Sozialismus, in: NEUE WELT, 1/1948, S. 35.

²⁷⁾ K. Ostrowitjanow: Das ‚Manifest‘ und der Aufbau des Kommunismus in der UdSSR, in: NEUE WELT, 4/48, S. 46.

²⁸⁾ S. Tjulpanow: Die Zukunft gehört dem Marxismus, in: NEUE WELT, 5/48, S. 26.

²⁹⁾ E. Perling: Die Entstehung der Volksdemokratie, in: NEUE WELT, 9/48, S. 41.

^{24a)} E. Varga: Die Demokratie neuen Typus, in: WELTWIRTSCHAFT UND WIRTSCHAFTSPOLITIK, 3/1947 (russ.)

Konjunktur die herannahende Weltwirtschaftskrise, die den automatischen Zusammenbruch des Kapitals bedeuten soll.

Am 25. Juni 1950 bricht stattdessen der Koreakrieg aus; die Truman-Regierung verhängt den totalen Wirtschaftsboykott über die sozialistischen Staaten. In der Verschärfung der außenpolitischen Situation vollzieht sich eine weitere „Vereinheitlichung“ der Wissenschaften. In der PRAWDA erscheint ein neuer Angriff gegen führende Ökonomen der SU.³⁰⁾ Die Vorwürfe, die gegen Mendelson³¹⁾ und Figurnow erhoben werden, spiegeln die weitere Dogmatisierung der sowjetischen Gesellschaftswissenschaften wider. Mendelson wird angekreidet: ein unkritisches Verhalten gegenüber bürgerlichen Quellen, das Stützen auf sozialdemokratische Litreatur sowie der Ignorierung der „Lenin-Stalinschen Lehre vom Imperialismus“. Gegen Mendelons Einwand, er behandle doch nur die Krisen des 19. Jahrhunderts wird argumentiert:

„L. Mendelson übersieht, daß die Wirtschaftskrisen des vormonopolistischen Kapitalismus ohne die Arbeiten Lenins und Stalins, in denen die Marxistische Theorie und die Geschichte der Krisen weiterentwickelt wurde, nicht gründlich behandelt werden können.“³²⁾

Am 14. Juli 1951 wird in der PRAWDA ein Grundsatz-Artikel von A. Leontjew („Über die allgemeine Krise des Kapitalismus“) veröffentlicht, der dann in allen wesentlichen Zeitschriften der KPen nachgedruckt wird. Er begründet die **These der weiteren Verschärfung und Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus**. Er ist ein Dokument einer bornierten Karikatur marxistischer Wissenschaft.

„Die Teilung der Welt in zwei entgegengesetzte Systeme . . . ist der grundlegende Wesenszug der allgemeinen Krise des Kapitalismus.“³³⁾

„Das erste Land des Sozialismus revolutionierte schon allein durch sein Bestehen die Welt und schmiedet das Proletariat der kapitalistischen Staaten und die unterdrückten Völker der kolonialen und abhängigen Länder zu einer einheitlichen revolutionären Front gegen den Imperialismus zusammen. Der Ausfall eines gewaltigen Landes aus dem Weltsystem des Imperialismus verwundete den Kapitalismus tödlich, so daß er sich niemals wieder erholen kann und erholen wird . . . Das Zeitalter der „Widerstandsfähigkeit“ des Kapitalismus ist vorbei.“³⁴⁾

Das kapitalistische System bricht an seinen Widersprüchen katastrophenartig zusammen:

„Vom ökonomischen Standpunkt aus ist der Konflikt der heutigen Produktivkräfte mit dem national-imperialistischen Rahmen ihrer Entwicklung und mit

³⁰⁾ PRAWDA v. 29. 9. 1950, zit. in: F. Pollanski: Gegen Entstellungen der marxist-leninistischen Theorie und der Geschichte der Wirtschaftskrisen, in: SOWJETWISSENSCHAFT, 3/1950.

³¹⁾ zu seinem Buch: „Die Wirtschaftskrisen und -zyklen des 19. Jahrhunderts“, 1949.

³²⁾ ebenda, S. 134.

³³⁾ zit. aus EINHEIT. 14/1951, S. 1017.

³⁴⁾ Ebenda, S. 1018.

den kapitalistischen Formen der Aneignung die Grundlage der heutigen Konflikte und militärischen Zusammenstöße der kapitalistischen Gruppen untereinander und des Kämpfens des Proletariats gegen die Klasse der Kapitalisten. Der imperialistische Rahmen und die kapitalistische Form wirken sich hemmend aus und geben den Produktivkräften keine Entwicklungsmöglichkeiten.“³⁵⁾

Der Kapitalismus hat keine Möglichkeit mehr sich zu stabilisieren.³⁶⁾

„Genosse Stalin hat dargelegt, daß unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus die periodischen Überproduktionskrisen häufiger, ihre Wirkung unvergleichlich zerstörender und die Zwischenräume zwischen den Krisen immer kürzer werden.“³⁷⁾

„ . . . die Industrie der kapitalistischen Länder (hat) vom imperialistischen Krieg eine chronische Unterbeschäftigung der Betriebe und Millionenarmeen von Arbeitslosen geerbt, die sie nicht mehr loswerden kann.“³⁸⁾

Folgende Prozesse sind die Folge: Einengung des inneren Marktes; weitere Verschärfung der absoluten und relativen Verelendung; Wachsen des Parasitismus der Ausbeuterklassen und des Staates; Anwachsen der unproduktiven Sphären **auf Kosten** der produktiven. Die Situation der kapitalistischen Welt wird analog zum 1. Weltkrieg als absolut verschärft gekennzeichnet.³⁹⁾ Es ist die Kennzeichnung eines Kapitalismus, der zur erweiterten Reproduktion aufgrund äußerer (**geographischer**) Einwirkungen unfähig und wegen des politischen Ausdrucks derselben (Systemkampf) gezwungen wird, die Verteilung des produzierten Mehrwerts immer mehr zu Lasten der produktiven Ausgaben zu verändern. Es setzt also eine Wechselwirkung von innerer Auszehrung, Auspowerung der Arbeiterklasse und rücksichtsloser Diktatur der Ausbeuterklassen durch den Staat ein, aus der es für den Kapitalismus kein Entrinnen gibt. Die „gegenwärtige Kriegsinflationskonjunktur“ steigert nur die Produktion militärischer Güter, schränkt zusätzlich auch noch die „Friedensproduktion“ ein und treibt so zu einer neuen Wirtschaftskrise.⁴⁰⁾ Für die Bourgeoisie gibt es nur den Ausweg des Faschismus und eines neuen Weltkrieges.⁴¹⁾

Demgegenüber ritt die SU (im Vertrauen auf diese automatische ‚Dialektik‘) für die friedliche Koexistenz,

„ . . . für ein friedliches Nebeneinanderbestehen dieser beiden Systeme, für einen friedlichen Wettbewerb des Sozialismus und des Kapitalismus auf wirtschaftlicher Grundlage ein.“⁴²⁾

³⁵⁾ ebenda, S. 1019 (Leontjew zitiert hier aus: Stalin, Werke Bd. 5, S. 109/110, russ.).

³⁶⁾ ebenda, S. 1019.

³⁷⁾ ebenda, S. 1020.

³⁸⁾ ebenda, S. 1021 (L. Zitiert wiederum Stalin: Fragen des Leninismus, S. 515; Rede auf dem XVII. Parteitag der KPdSU).

³⁹⁾ ebenda, S. 1024.

⁴⁰⁾ ebenda, S. 1025.

⁴¹⁾ ebenda, S. 1025.

⁴²⁾ ebenda, S. 1019.

Für die Arbeiterbewegung in kapitalistischen Ländern wie für die nationale Befreiungsbewegung in den kolonialen Ländern gilt es, die Festigung der „Einheit der Arbeiterklasse, die gegen kapitalistische Sklaverei, für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpft“, unter der Führung der „erstarkten und gefestigten“ KPen herzustellen.⁴³⁾ Die Einheit ist aber noch nicht hergestellt, weil die rechten Führer der Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiterklasse verraten, den Kapitalismus stabilisieren wollen und die SU verleumdend.

„Sie dienen der dunklen Sache der Faschisierung des politischen Lebens in den kapitalistischen Ländern und der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges.“

Gegen all diese Gefahren will man die ‚fortschrittlichen Kräfte‘ unter der Parole des Friedens sammeln:

„Unter den Millionenmassen der **Menschen guten Willens** in allen Ländern reift die Überzeugung heran, daß der Frieden erhalten und gefestigt wird, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre eigenen Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen.“⁴⁴⁾

Diese Art der „Analyse“ bleibt für lange Jahre die vorherrschende. Nicht nur marxistische, sondern Real-Analysen überhaupt werden durch Stalin-Zitate ersetzt. Empirie wird grundsätzlich auf die schon bestehenden Theorie-Aussagen hin interpretiert, die sakrokanak sind. Nicht die Theorie erklärt die Wirklichkeit und legt die Widersprüche frei zur Formulierung der Taktik, sondern die platte Wirklichkeit, das abstrakte Zahlenspiel der Tabellen beweist immer wieder aufs Neue die Richtigkeit der Theorie und das heißt: die Richtigkeit der politischen Taktik der SU.

Die Analogien mit der Zeit nach dem 1. Weltkrieg, das Aufwärmen der Theorien des Zusammenbruchs des Kapitalismus und des Sozialfaschismus finden aber ihren Höhepunkt erst 1952/53. In der Auseinandersetzung mit der Politik der Sozialdemokratie müssen sich die Theoretiker der SU zunehmend den Fragen der Regulierung der Wirtschaft stellen. Keynes wird einfach als Ideologe und Pseudo-Wissenschaftler abgetan. Die Möglichkeit der Einführung irgendeiner Planung im Kapitalismus wird kategorisch mit Stalin-Zitaten verneint:

„Stalin hat in seiner Unterredung mit dem englischen Schriftsteller H. G. Wells darauf hingewiesen, daß es auf der Grundlage des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln unmöglich ist, die Anarchie in der Produktion zu beseitigen und eine planmäßige Wirtschaftsführung zu beginnen. Die Planwirtschaft setzt die Liquidierung der Arbeitslosigkeit und die Erweiterung jener Wirtschaftszweige voraus, deren Erzeugnisse die Volksmassen am nötigsten brauchen. Das ist im Kapitalismus nicht zu erreichen.“⁴⁵⁾

⁴³⁾ ebenda, S. 1025.

⁴⁴⁾ ebenda, S. 1026 (Hervorh. vom V.).

⁴⁵⁾ J. Kusminow: „Keynes, der Ideologe der imperialistischen Reaktion und des Krieges“, in: NEUE WELT, 2/1952, S. 170.

Die herrschende Ideologie des Sozialismus als eines „umgestülpten“ Staatskapitalismus (Bucharin), der auf der Organisation der Wirtschaft, der Zerschlagung der Anarchie der Produktion mittels einer Zentral-Planung beruhen sollte, verhindert hier, Veränderungsprozesse im Kapitalismus überhaupt aufzunehmen. Die Stagnation der kapitalistischen Wirtschaft (zunächst absolut begriffen; später nach Stalin dann relativ zum Wachstum der sowjetischen Wirtschaft) war naturgeschichtlich bestimmt, da der Kapitalismus „anarchisch“ ist (d. h. unfähig zur „Planung“); Planung als dem Sozialismus vorbehalten bildet so seinen eigentlichen Begriff.

Wird der abstrakte Dualismus Planung-Nichtplanung zum wesentlichen Unterscheidungskriterium zwischen kommunistischer und kapitalistischer Produktion, gerät das Ziel antikapitalistischer Politik: die Emanzipation der Arbeiterklasse vom Joch der Lohnarbeit, immer mehr in Abhängigkeit von den Modellen und Methoden der Planungs-Ökonomen, die aber primär orientiert sind am Kriterium ökonomischer Rationalität.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie findet in der Politik der KPD und SED dann in der These des „nationalen Verrats“ ihre Spitze. Walter Ulbricht kennzeichnet in seiner Rede auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952⁴⁶⁾ die Lage in der BRD. Er ruft zum nationalen Befreiungskampf auf gegen die nationale Versklavung Westdeutschlands durch die USA, den **nationalen** Verrat der rechten SPD-Führer und den Terror der Adenauer-Regierung.⁴⁷⁾ Stalin gar fordert in seiner Rede auf der Schlußsitzung des XIX. Parteitages der KPdSU am 14. Oktober 1952⁴⁸⁾ die kommunistischen Delegierten aus dem Ausland auf, das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten und das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität, die die Bourgeoisie über Bord geworfen habe, als sie reaktionär wurde, zu erheben und die Mehrheit des Volkes unter diesem Banner um sich zu sammeln.⁴⁹⁾

Einen neuen Höhepunkt der Erstarrung der Gesellschaftswissenschaften der SU zu einem System formalisierter Glaubenssätze bildet das Erscheinen von Stalins: „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ (russ. November 1952).

Die zentralen Aussagen über die Ökonomie des Kapitalismus bilden:

1. das ökonomische Grundgesetz des Monopolkapitalismus ist der Maximalprofit,

⁴⁶⁾ Walter Ulbricht: „Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED“, in: NEUE WELT 15/1952, S. 1794 ff.

⁴⁷⁾ vgl. dazu auch das KPD-Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands vom 2. 11. 1952.

⁴⁸⁾ J. W. Stalin: Rede auf der Schlußsitzung des XIX. Parteitages der KPdSU, in: NEUER WEG, 21/1952.

⁴⁹⁾ Molotow hatte in der Eröffnungsansprache global das „verstärkte Abgleiten in den Faschismus“ in seiner Einschätzung der Lage der kapitalistischen Länder festgestellt und Malenkow beschwört eine „Linie der kapitalistischen Ökonomik, deren Produktivkräfte nicht vom Fleck kommen.“ in: NEUE WELT, S. 2673 u. 2676.

2. der Zerfall des einheitlichen Weltmarktes, das Entstehen zweier paralleler Weltmärkte führt zu einer Verengung des kapitalistischen Weltmarktes, was die Vertiefung der allgemeinen Krise ausmacht,
3. die Periode der „relativen Stabilität“ der kapitalistischen Märkte ist zu Ende gegangen,
4. der Kapitalismus stagniert und verfault, er ist nicht mehr in der Lage, sein Wachstum zu beschleunigen.

Auf diese Aussagen werden alle politischen und ökonomischen Artikel verpflichtet. Die SED beruft sogar eilig eine Theoretische Konferenz zusammen (13./14. Dez. 1952), auf der 800 führende Wissenschaftler und Funktionäre die Stalinschen Thesen übernehmen.⁵⁰⁾ Bis zum Jahresende 1955/56 überschreiten die erscheinenden Artikel und Bücher dieses Niveau nicht. Erst mit dem neuen Kurs Malenkows nach Stalins Tod, der erstmals wieder eine Entspannung in den Beziehungen der SU mit den kapitalistischen Ländern bringt (Beendigung des Koreakrieges, Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit den europäischen kapitalistischen Ländern, Botschafferaustausch mit Jugoslawien, Berliner Außenministerkonferenz, Genfer Indochina-Konferenz), werden die Grundlagen zu einer Revision der erstarrten Theorie geschaffen.

Das italienische Politbüro-Mitglied Emilio Sereni kennzeichnete den Grundgedanken des damaligen Dogmatismus (der aber bis in die 60er Jahre noch hinreichte) mit treffenden Worten:

„Man stellte das Voranschreiten des Sozialismus in der Welt als eine Art unterbrochenen Triumphzuges dar, dessen Abweichungen, Unterbrechungen, ja selbst dessen Rückzüge nur dann registriert und erwähnt zu werden verdienten, wenn die Berichtigung der Fehler und die Wiederherstellung der Linie bereits wieder das Fortsetzen des Vormarsches gestatteten.“⁵¹⁾

3. Phase 1956 – 1964

Schon 1955 erscheint das Buch von Kusminov: „Der staatsmonopolistische Kapitalismus“, worin er den kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine Entwicklungsmöglichkeit einräumt.⁵²⁾ Im September erscheint ein weiterer Artikel von Gluschkow über den Stamokap.⁵³⁾

Aber erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 beginnt eine erste rege Diskussion über die Probleme des Stamokap. In seiner Kritik am Stalinschen Dogmatismus⁵⁴⁾ fordert N. S. Chruschtschow die Rekonstruktion der wissenschaftlichen Forschung.

⁵⁰⁾ Die Stalinschen Thesen sind vor allem wichtig für die enoch unter Stalin beginnenden Wirtschaftsreformen, insbes. auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die dann offiziell eingeleitet werden durch die Beschlüsse der Plenen des ZK der KPdSU Sept. 1953 und Febr./März 1954.

⁵¹⁾ Emilio Sereni in: NEUES DEUTSCHLAND v. 29. Sept. 1964.

⁵²⁾ erwähnt von G. Kohlmeier in: Diskussion zum Thema „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“, in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, 12/1958.

⁵³⁾ W. Gluschkow: „Das Anwachsen des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, in: Voprosy ekonomiki, 9/1955.

„Wir müssen . . . die Wirtschaft des Kapitalismus aufmerksam beobachten, dürfen die Leninsche These über die Fäulnis des Imperialismus nicht simplifiziert verstehen und müssen alles das studieren, was die Wissenschaft und die Technik in den Ländern des Kapitalismus an besonders Wertvollem aufzuweisen haben, um die Errungenschaften des technischen Fortschritts in der Welt im Interesse des Sozialismus auszuwerten.“⁵⁵⁾

Mikojan kritisiert ausdrücklich das nach Stalins „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus . . .“ ausgearbeitete „Lehrbuch der Politischen Ökonomie“. Er konstatiert:

„Wir bleiben beim Studium der gegenwärtigen Etappe des Kapitalismus beträchtlich zurück, wir befassen uns nicht mit dem gründlichen Studium der Tatsachen und Zahlen, wir begnügen uns oftmals damit, daß wir zu Agitationszwecken einzelne Tatsachen über die Anzeichen der heranrückenden Krise, über die Verelendung der Werktätigen herausgreifen, aber wir geben keine umfassende und tiefgründige Einschätzung im Leben anderer Länder.“⁵⁶⁾

„Die meisten unserer Theoretiker befassen sich damit, die alten Zitate, Formeln und Leitsätze in verschiedener Weise zu drehen und zu wenden.“⁵⁷⁾

Vier Faktoren sind es, die im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU die ökonomische Lage des Kapitalismus kennzeichnen: 1. Militarisierung der Wirtschaft und Wettrüsten; 2. verstärkte wirtschaftliche Expansion der führenden kapitalistischen Länder; 3. Erneuerung des fixen Kapitals; 4. verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und Senkung des Lebensstandards der Werktätigen. Durch diese vier Faktoren wird das Wirtschaftswachstum in den kapitalistischen Ländern erklärt: Trotzdem bleibt man aber bei der Zusammenbruchstheorie; denn das Wachstum, das man nun koedieren muß, wird aufgrund „günstiger Umstände“, indem das Kapital zu „künstlichen“ Formen greift, erzielt. Der zweite und dritte Faktor sei direkte, vorübergehende Folge des Krieges; der erste und vierte sei dagegen keine kurzfristig terminierte Erscheinung, könne jedoch nur ein vorübergehendes Anwachsen der Produktion auslösen.

„Gegenwärtig nähert sich die kapitalistische Welt der Grenze, da sie die stimulierende Wirkung einer Reihe zeitweiliger Faktoren erschöpft.“⁵⁸⁾

„Die inneren Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft, auf deren Grundlage sie

⁵⁵⁾ Es ist Ulbrichts Feststellung hierzu nur zuzustimmen, der 1964 auf der Internat. Session zum 100. Jahrestag der I. Internationale sagte:

„Die Erscheinungen des Dogmatismus sind nicht nur Folgen des Personenkults. Sie hängen auch zusammen mit den Schwierigkeiten der staatlichen und wirtschaftlichen Leitung der Überwindung der Schäden des Krieges, des Mangels und des Drucks des internationalen Monopolkapitals. In Zeiten des Mangels spielen die formal-administrativen Methoden der Leitung eine größere Rolle.“ in: NEUES DEUTSCHLAND v. 26. 9. 1964, S. 4.

⁵⁶⁾ N. S. Chruschtschow: Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, in: XX. Parteitag der KPdSU, Düsseldorf, 1956, S. 11.

⁵⁷⁾ A. I. Mikojan: Den Leninismus in die Tat umsetzen, in: ebenda, S. 270.

⁵⁸⁾ ebenda, S. 273.

⁵⁹⁾ N. S. Chruschtschow, ebenda, S. 13

in der Vergangenheit einen Aufschwung der Produktion erzielte, lassen in ihrer Wirkung immer mehr nach. Jetzt braucht der Kapitalismus, um die Produktion zu heben, in immer stärkerem Maße künstliche Faktoren.“⁵⁹⁾

Die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, die im Gegensatz zu den frühen 50er Jahren jetzt wenigstens versucht wird, fällt in die alten Fehler zurück. Auf der einen Seite die festen theoretischen Leitsätze (der Kapitalismus muß bald eine Weltwirtschaftskrise erleiden), auf der anderen Seite empirische Tendenzanalysen, die die schon gegebene Wahrheit nur noch illustrieren müssen. Das Wachstum des Kapitals wird nicht aus den inneren Widersprüchen des Kapitals entfaltet, sondern getreu dem Lehrsatz, daß der Kapitalismus in seiner Niedergangphase steckt, „überholt“ ist, werden bestimmte historische Erscheinungsformen wie Staatsinterventionismus und Kriegsfolgen zu ursächlichen Faktoren des Wachstums erklärt.

Der Ausbruch der Weltkrise fand bisher nicht statt, da „nur ein zeitweiliges Zusammentreffen von für den Kapitalismus günstigen Umständen das Hinüberwachen von Krisenerscheinungen, die es gegeben hat, in eine tiefgreifende Wirtschaftskrise aufgehalten hat.“⁶⁰⁾

„Eigentlich“ dürfte es gar keinen Kapitalismus mehr geben, „eigentlich“ müßte er schon längst zusammengebrochen sein; die Lücke zwischen Theorie und Realität wird immer wieder von neuem gekittet mit „neuen“ Elementen, „zeitweiligen“ Tendenzen, „günstigen“ Umständen.

Ist also das Glück dem Kapitalismus hold – die These der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse ist aber dann Garant dafür, daß das Bündnis aller Werktätigen erreicht und der Kapitalismus vernichtet wird, da er unfähig sei, die Real-Löhne und den Lebensstandard der werktätigen Massen zu halten, geschweige denn zu steigern.

Es wird die Verstärkung der verschiedenen Formen des Stamokap festgestellt⁶¹⁾, aber nur im Sinne der Militarisierung, des Eingreifens des Staates von außen, indem der Staat als Organ, als Werkzeug der Monopole dient.

„Das monopolistische Kapital unterwirft sich die Staatsorgane unmittelbar, indem es seine Vertreter in diese schickt und den Staat zwingt, die Wirtschaft des Landes im Interesse der Monopole zu „regulieren“. Die Staatsorgane bemühen sich, die Geschäftsaktivität zu fördern . . .“⁶²⁾

Auch der Staat kann den aktuellen Verfall der kapitalistischen Wirtschaft nicht aufhalten; die Stalinsche These von der Instabilität der kapitalistischen Märkte nach dem 2. Weltkrieg wird wiederholt: „. . . deshalb kann man heute, zum Unterschied zur Periode Mitte der 20er Jahre, nicht von irgendeiner Stabilisierung des Kapitalismus sprechen, nicht einmal von einer teilweisen, bedingten und begrenzten Stabilisierung.“⁶³⁾

⁵⁹⁾ ebenda.

⁶⁰⁾ ebenda.

⁶¹⁾ D. T. Schepilow: Die alles bewegende Kraft des Marxismus-Leninismus, ebenda, S. 198 ff.

⁶²⁾ Chruschtschow, ebenda, S. 14

⁶³⁾ Schepilow, ebenda, S. 200.

Die taktischen Schlußfolgerungen, die man aus der Analyse zieht, bleiben im wesentlichen bei den Ausführungen Stalins auf dem XIX. Parteitag stehen.

Es wird nun verstärkt der Gedanke der Arbeitereinheit hervorgehoben und die Hand zur Sozialdemokratie wieder ausgestreckt.

„In der Praxis sind verschiedene, bedeutungsvolle Probleme aufgetreten, bei denen wir Berührungspunkte mit den Sozialdemokraten haben und bei denen sich also die Möglichkeit sachlicher Kontakte, einer Annäherung und einer Zusammenarbeit mit ihnen in diesen Fragen ergibt.

Diese Möglichkeit ergibt sich vor allem daraus, daß zu den **Hauptaufgaben der Arbeiterbewegung gegenwärtig solche Aufgaben wie die Verteidigung des Friedens, der nationalen Freiheit und der Demokratie** gehören. In vielen kapitalistischen Ländern ist zur Zeit ein starker Linksruck der Arbeitermassen festzustellen. Die ungeheure Mehrheit der einfachen Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien, der christlichen Gewerkschaften und anderer Organisationen tritt für den Frieden ein.“⁶⁴⁾

Indem man aber die aktuelle Möglichkeit der Einheit der Arbeiterklasse anvisiert, erklärt man zugleich die Aktualität der revolutionären Umgestaltung über die Form des parlamentarischen Kampfes.

„Gleichzeitig hat die Arbeiterklasse in einer Reihe kapitalistischer Länder unter den gegenwärtigen Bedingungen die reale Möglichkeit, unter ihrer Führung die übergroße Mehrheit des Volkes zu vereinigen und den Übergang der Produktionsmittel in die Hände des Volkes zu erreichen. Die rechten bürgerlichen Parteien und die von ihnen gebildeten Regierungen erleiden immer häufiger bankrott. Unter diesen Umständen hat die Arbeiterklasse die Möglichkeit — indem sie die werktätige Bauernschaft, die Intelligenz und alle patriotischen Kräfte um sich scharf — . . . den reaktionären, volksfeindlichen Kräften eine Niederlage zuzufügen, eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie zu einem Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens zu machen. In diesem Falle kann diese für viele hochentwickelte kapitalistische Länder traditionelle Institution zu einem Organ der wahren Demokratie, einer Demokratie der Werktätigen werden.“⁶⁵⁾

In den folgenden Sätzen relativiert Chruschtschow seine Ausführungen jedoch wieder: er unterscheidet zwei Formen des parlamentarischen Kampfes in den Ländern. In den Ländern, wo der Kapitalismus noch stark sei, (Militär, Polizei), würde es zum scharfen Klassenkampf, zum revolutionären Kampf kommen; friedlich wäre der Übergang nur in einer Reihe von Ländern, wo der Kapitalismus schwach sei und von einer revolutionären Massenbewegung des Proletariats und der Werktätigen unterstützt wird, sowie in den ehemals kolonialen Ländern. In beiden Fällen sei der parlamentarische Weg jedoch angewiesen auf die politische Führung der KPen.⁶⁶⁾

⁶⁴⁾ M. A. Suslow: Marxist.-leninistische Theorie schöpferisch anwenden, ebenda, S. 220 (Hervorh. vom V.).

⁶⁵⁾ Chruschtschow, ebenda, S. 36.

⁶⁶⁾ Man darf bei der These des parlamentarischen Kampfes nicht außer Acht lassen,

In der SU treten Tscheprow, Sneerson, Chmelnikaja, Shilin und Varga mit Artikeln über die Veränderungsprozesse im Kapitalismus hervor. Vor allem W. Tscheprow Aufsatz: „Einige Fragen des modernen Kapitalismus“⁶⁷⁾ regt eine Diskussion an, die in der DDR von J. L. Schmidt aufgegriffen wird.⁶⁸⁾ Schmidt selbst aber greift schon auf Kurt Zieschang zurück, der in seiner Dissertation⁶⁹⁾ zahlreiche staatsmonopolistische Maßnahmen der westdeutschen Bundesregierung darstellte. Zieschang weist später darauf hin⁷⁰⁾, daß er während dieser Arbeiten auf das Problem des Stamokap gestoßen sei. Und Zieschang ist auch derjenige, der qualitativ neue Momente in die Diskussion um den Stamokap hereinbringt, unabhängig von der Entwicklung in der SU.

Kurt Zieschang definiert erstmals in dem Aufsatz: „Zu einigen theoretischen Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus“⁷¹⁾, den Stamokap als neue Entwicklungsstufe des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Er geht dabei von der Konzentration und Zentralisation des Kapitals aus und stellt ein enormes Wachstum der Kapitalanlagen fest. Diese haben eine solche Höhe erreicht, daß die Kapitalbeschaffung nicht mehr über die Mechanismen des Kapitalismus laufen könne, sondern der Staat eingreifen muß, um die erweiterte Reproduktion aufrecht zu erhalten. Dieser Eingriff geschehe über die Umverteilung des Nationaleinkommens.⁷²⁾

Die vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau stattfindende Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, die im Anschluß an die 40-Jahrfeier der Oktoberrevolution einberufen wurde, legt in einer gemeinsamen Erklärung die Generallinie der Einheit der KPen fest.⁷³⁾

daß sie auch als Reaktion auf den Stalinschen Dogmatismus zu begreifen ist, der Formen des Übergangs überhaupt nicht diskutierte.

⁶⁷⁾ W. Tscheprow: „Einige Fragen des modernen Kapitalismus“, in: PRESSE DER SU, 18/1956.

⁶⁸⁾ Johann Lorenz Schmidt: „Zur Problematik des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg“, in: EINHEIT, 6/1957, S. 715 ff.

⁶⁹⁾ Kurt Zieschang: „Probleme der Investitionsfinanzierung in Westdeutschland“ (Wirtschaftswiss. Fak. der Uni Halle, Juni 1955.

⁷⁰⁾ in der Diskussion ... (s. Anmerk. 52, S. 106).

⁷¹⁾ Kurt Zieschang: Zu einigen theoretischen Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, 5/1956, S. 690 ff sowie: Zu einigen Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, in: PROBLEME DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Bd. 1, 1957, S. 25 ff.

⁷²⁾ Katja Nehls und Hans-Joachim Richter setzen sich mit ihm auseinander und weisen seinen Anspruch zurück.

(vgl.: K. Nehls: Zum Problem des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, 2/1958, S. 258 ff und H.-J. Richter: Zu den Aussichten Kurt Zieschangs über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: ebenda, S. 270 ff. In einer Aussprache am Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Deutschen Akademiksteilnehmer lehnen die Definition Zieschangs mehr oder weniger ab; Zieschang korrigiert einzelne Thesen, behält aber im wesentlichen seine Position bei. Übereinkunft wird erzielt in der Forderung weiterer, umfassender Arbeiten an diesem Problem.

⁷³⁾ Es ist die erste internationale Konferenz der KPen der Welt seit dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935.

Die Linie des XX. Parteitages der KPdSU wird bestätigt. Aber aus den Ereignissen 1956/57 (Ungarn, Polen, Wirtschaftsreformdiskussionen, Diskussion Der Beschluß der 34. ZK-Tagung der SED faßt diese „neue“ Linie prägnant zusammen:

„Während bisher von manchem Genossen die Selbständigkeit der einzelnen kommunistischen und Arbeiterparteien betont wurde, wird jetzt klargestellt, daß die Selbständigkeit und eigene Verantwortung der kommunistischen und Arbeiterparteien nicht in Zweifel steht, aber die Verwirklichung des proletarischen Internationalismus erfordert die engere politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, den Erfahrungsaustausch und die Koordinierung gemeinsamer Aktionen . . . Bei aller Beachtung der nationalen Traditionen und Besonderheiten ist es doch an der Zeit, weniger über die Besonderheiten der einzelnen Länder und über „besondere Wege“ zu sprechen und mehr über das Gemeinsame.“⁷⁴⁾

„Es ist besonders begrüßenswert, daß sich alle Parteien darüber einig sind, daß die ruhmreiche KPdSU an der Spitze der Kommunistischen und Arbeiterparteien steht.“⁷⁵⁾

In der Einschätzung des Kapitalismus, seiner augenblicklichen Lage und der Lage der Arbeiterklasse werden die Thesen des XX. PT der KPdSU wiederholt. Verstärkt wird jedoch Gewicht auf den Friedenskampf gelegt.

„Gegenwärtig ist die **wichtigste Aufgabe** in der ganzen Welt der Kampf für die Verteidigung des Friedens.“⁷⁶⁾

„Die Frage Krieg oder friedliche Koexistenz ist zum **Grundproblem der Welt-politik** geworden.“⁷⁷⁾

„. . . gegenwärtig entspricht es den Lebensinteressen der Werktätigen aller Länder, die Sowjetunion und alle sozialistischen Länder zu unterstützen, **weil sie eine Politik der Erhaltung des Weltfriedens durchführen** und Bollwerk des Friedens und des sozialen Fortschritts sind.“⁷⁸⁾

Neben diesem Kampf geht einher der Kampf für nationale Unabhängigkeit, gegen Kolonialismus und Feudalismus, wobei gerade die kommunistischen Parteien die Wahrer der „nationalen und demokratischen Interessen der Völker aller Länder“⁷⁹⁾ sind. Beide Kämpfe finden ihren konkreten Ausdruck im Kampf gegen die Monopole.

„Die Arbeiterklasse und die Volksmassen richten im Kampf gegen die Kriegsgefahr und für ihre Interessen die Spitze dieses Kampfes immer mehr gegen die großen monopolistischen Gruppen des Kapitals, da diese die Hauptschuld am Wettrüsten tragen, die Hauptorganisatoren und -inspiratoren der Pläne zur Vorbereitung eines neuen Weltkrieges und das Bollwerk der

⁷⁴⁾ in: Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, 2., Berlin 1958, S. 27/28.

⁷⁵⁾ ebenda, S. 26.

⁷⁶⁾ ebenda, S. 17 (Hervorheb. vom V.).

⁷⁷⁾ ebenda, S. 9 (Hervorheb. vom V.).

⁷⁸⁾ ebenda, S. 10/11 (Hervorheb. vom V.).

Aggression und der Reaktion sind. Die Interessen dieses kleinen Häufleins von Monopolen geraten immer mehr in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch aller übrigen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft: der Bauernschaft, der Intelligenz, der kleinen und mittleren städtischen Bourgeoisie. In den kapitalistischen Ländern, auf deren Unterwerfung es die amerikanischen Monopole angelegt haben, und in den Ländern, die unter der amerikanischen Politik der wirtschaftlichen und militärischen Expansion zu leiden haben, entstehen objektive Voraussetzungen dafür, daß sich unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Parteien breiteste Volksschichten vereinigen zum Kampf für den Frieden, zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen Freiheiten, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Werktätigen, zur Durchführung radikaler Agrarreformen, zum Sturz der Allmacht der Monopole, die an den nationalen Interessen Verrat üben.“

Diese mögliche Schaffung der „notwendigen Voraussetzungen für die friedliche Verwirklichung der sozialistischen Revolution“ ist gebunden an die Taktik der „Arbeitereinheiten- und der Volksfront und anderer möglicher Formen des Bündnisses und der politischen Zusammenarbeit verschiedener Parteien und gesellschaftlicher Institutionen“⁸¹⁾, an die Taktik des parlamentarischen Kampfes. In der „Erklärung“ werden weitere Tagungen angekündigt und die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift beschlossen. Im September 1958 erscheint die erste Nummer dieser Zeitschrift mit dem Namen: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“. Unter ihrem ersten Chefredakteur, dem Russen A. M. Rumjanzew, spielt die Zeitschrift eine hervorragende Rolle sowohl bei der Auflösung dogmatischer Theoreme als auch des theoretischen Vorantreibens der Stamokap-Theorie. In den Rubriken „Meinungsaustausch“ und „Gespräche am runden Tisch der Redaktion“ sowie „Die Monopole und das Volk“ wird regelmäßig der Versuch gemacht, theoretisches Neuland zu betreten.

In der SU beherrschen zu dieser Zeit zwei Diskussionsstränge die Auseinandersetzung mit der Ökonomie des Kapitalismus. Einerseits sind es Analysen über den Einfluß der Militarisierung auf die Wirtschaft und den Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Länder. Hierbei wird das Verhältnis von Staatsapparat und Reproduktion erörtert und man stößt ebenfalls auf

⁷⁹⁾ ebenda, S. 18.

⁸⁰⁾ ebenda, S. 18/19 (Hervorh. vom V.).

⁸¹⁾ ebenda, S. 19.

⁸²⁾ Während des Meinungsaustausches „Die Wirtschaftskrise und die Arbeiterklasse“ am 23. Juni 1958 in Prag wird von A. A. Arsumanjan und J.-L. Schmidt die These der kommenden Weltwirtschaftskrise vertreten. (in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS „PFS“, 1/1958, S. 45 ff.; bes. Schmidt: „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise im kapitalistischen Lager wird dadurch gekennzeichnet, daß... sich nun eine umfassende Weltwirtschaftskrise zu entfalten beginnt.“ S. 48) Angesichts der Verschärfung der internationalen politischen Lage (Algerien, Libanon, Westberlin) wird in der Redaktionserklärung der Zeitschrift PFS noch geschlußfolgert: „Das unvermeidliche Ergebnis der wachsenden Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus wird die Beschleunigung seines Zusammenbruchs sein.“ S. 3/4).

das Problem der Stamokap. Aber noch gilt die These der Unterwerfung des Staatsapparates unter die Interessen der Monopole in der Form, wie sie seit Stalins: „Ökonomische Probleme . . .“ besteht. Analysiert werden folgerichtig nur Methoden des Stamokap. Es gibt staatsmonopolistische Maßnahmen, staatsmonopolistische Sektoren (Rüstungsmarkt, nationalisierte Industrie), keinesfalls ist der Stamokap aber eine neue Etappe der Entwicklung des Kapitalismus. Andererseits erwarten die sowjetischen Ökonomen (Arsumanjan, Varga, Mendelson) und die DDR-Kollegen (Kahn, Schmidt) im Jahre 1958 oder 1959 den Ausbruch einer Weltwirtschaftskrise.⁶³⁾

Im Oktober 1958 findet eine Internationale Wirtschaftswissenschaftliche Konferenz „Zu Problemen der Wirtschaftskrisen und der Verelendung der Arbeiterklasse“ in Berlin statt. Im Anschluß daran veröffentlicht das ZK der SED Thesen zur gegenwärtigen Lage: „Konjunktur-Krise-Krieg.“⁶³⁾

Gerade auf der Berliner Tagung wird von allen Diskussionsteilnehmern der kommende Ausbruch dieser Krise betont, an den Hoffnungen auf eine revolutionäre Änderung der Situation geknüpft werden.

Diese Tagung der führenden SU- und DDR-Gesellschaftswissenschaftler spiegelt die zentralen Thesen der damaligen Entwicklungsetappe der Theorie des modernen Kapitalismus wider. Ausgegangen wird von der Überzeugung, daß staatliches Eingreifen Überproduktionskrisen nicht verhindern kann: staatliche Planung oder Regulierung ist nicht möglich, der einzige Ausweg für den verfaulenden, sterbenden Kapitalismus bleibt nur noch die Militarisierung der Wirtschaft, Kriegswirtschaft, Krieg. Der Stamokap wird als Ausdruck dieser Entwicklung gefaßt. Mendelson definiert ihn in seinem Grundsatzreferat als „neue, höhere Form und höhere Stufe der Herrschaft und des Drucks der Monopole“, er könne nicht auf Wirtschaftspolitik oder bestimmte Maßnahmen des Staates reduziert werden.⁶⁴⁾ Mit dieser Ansicht steht M. aber noch alleine da. Der Interpretation des Stamokap als Ausdruck der Militarisierung der Wirtschaft, d. h. der äußersten Verschärfung der Widersprüche und der Unterdrückung der Volksmassen geht einher eine spezifische Theorie der Lage der Arbeiterklasse.

Ausgangspunkt ist die These der relativen und absoluten Verelendung der Arbeiterklasse, d. h. „die Lage der Werktätigen verschlechtert sich in dem Maße, wie sich der Kapitalismus entwickelt.“ (Kusminow)⁶⁵⁾ Man konstatiert: ein Wachstum der industriellen Reservearmee parallel zur Kapitalakkumulation (chronische Massenarbeitslosigkeit), eine Tendenz zur Senkung der Durchschnittslöhne, den „industriellen Traumatismus“^{65a)}, die Ruinierung der Bauernschaft und des Handwerks wie die weitere Verschärfung des Klassenkampfes (was man aus dem Anwachsen der Zahl der Lohnarbeiter, der Zahl der gewerkschaftlich organisierten und der Streikbewegung zu erkennen glaubt).

⁶³⁾ Konjunktur-Krise-Krieg. Thesen der Abteilung Agitprop und Wissenschaft beim ZK der SED, in: EINHEIT, 12/58, S. 1791 ff.

⁶⁴⁾ „Konjunktur-Krise-Krieg“, Berlin 1959, Bd. 1 vgl. S. 81/82.

⁶⁵⁾ ebenda, S. 233.

Doch die prognostizierte Krise bleibt aus. Es kommt zwar zu einer leichten Rezession in den USA und einigen westeuropäischen Ländern, die aber schnell wieder überwunden werden kann.⁸⁶⁾

Die kapitalistischen Länder fangen gerade umgekehrt an, in einen Wachstumsprozeß überzugehen. Die Hoffnung auf den inneren Zerfall des kapitalistischen Systems, damit aber auch die Hoffnung auf das kurzfristige „Einholen und Überholen“⁸⁷⁾ zerrinnt.

Damit ist offenkundig geworden, daß ein grundlegendes Überdenken der bisherigen Versuche der Analyse des modernen Kapitalismus notwendig ist. Wesentliche Anstöße dazu kommen aus der Auseinandersetzung mit den Spielarten des Revisionismus. Das Aufstellen der These des Stamokap mußte notwendigerweise zunächst über einen Absetzungsprozeß gegenüber den revisionistischen und reformistischen Einschätzungen des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg und daraus abgeleiteten Taktiken insbesondere der Jugoslawen und der englischen Sozialdemokraten sowie bürgerlicher Ökonomen geschehen.

NEUES ROTES FORUM

Heft 4/71
erscheint Anfang
Oktober

enthält u.a.

Zur Kategorie Arbeitslohn
Südafrika und die Politik
des Dialogs
Zur Klassenanalyse
Zur Metallarbeiterfrage

Bestellungen an:

NEUES ROTES FORUM

c/o Politische Buchhand-
lung Jörg Burkhard

69 Heidelberg
Mönchstr. 11 a

Das **NEUE ROTE FORUM**
erscheint sechsmal im Jahr

Preis 1,50 DM, im
Abonnement plus Porto

Neues Rotes Forum - 3/71

Bericht über den Versuch einer Zusammenarbeit
mit der KPD/ML (Roter Morgen) und der KPD/ML
(Rote Fahne) in Mannheim S. 3

Programatische Erklärung der Gruppe

Neues Rotes Forum

Vorbemerkung S. 13

Die gegenwärtige Epoche des Internationalen

Klassenkampfes S. 14

Zur ökonomischen Entwicklung in West-

deutschland S. 18

Die Rolle der SPD im monopolkapitalistischen

Staat S. 21

Zur Gewerkschaftsfrage S. 26

Nur unter Anleitung der Kommunistischen

Partei werden die Arbeiterklasse und die

breiten Volksschichten der Herrschaft des Kapita-

lismus stützen können! S. 34

Zur Hochschulpolitik S. 69

Josef Schmilser

Sozialistischer und kapitalistischer Weg in

der Übergangsperiode zum Sozialismus S. 46

Redaktionslaube Vorbemerkung S. 55

Zu dem Vortrag von Alfred Schn-Reithel S. 56

Alfred Schn-Reithel

Die technische Intelligenz zwischen Kapita-

lismus und Sozialismus S. 59

Große Anstrengungen zur Entwicklung des

Bergbaus S. 66

Neues Rotes Forum 2/71

Eduardo Ferrer

Nambias(Südwestsafrika): Deutsche Kolonial - Mandat

Südafrikas - Bausteine des Internationalen Kapitalis

David Yaffe

Die Krise des britischen Kapitalismus - die jüngsten

Entwicklungen

Hans Martin Munn

Zur Spaltung der Block Panther Party

Zum Klassenkampf in Schweden

Heinrich Schätzler

Zu dem Aufsatz: "Die Krise des britischen Kapitalismus"

von D. Yaffe im NRF 3/70

Kopie

Duplik

Neues Rotes Forum 1/71

Karin Althoff

Zur Situation in Spanien

Josef Schmilser

Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der russischen,

Revolution

Die PPDJ über den Jordanischen Bürgerkrieg

Kampf des Opportunismus: Deklamation zur Auseinander-

setzung der Linken in Heidelberg

Zur Analyse der Studentenbewegung

Schlußfaktum der Gruppe NRF

Wilhelm Buchheit

Nach dem Sieg von Mohammed Ali - Erinnerungen

an einige Kämpfe zwischen Schweden und Walden

Hans Martin Munn

Die National Convention der SDS in Gießen (Des.70)

⁸⁵⁾ Gemeint ist, daß das Unterworfensein unter den kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozeß automatisch zu psychischen Erkrankungen führt.

⁸⁶⁾ Varga schätzt noch 1961 die 58er Situation als Weltwirtschaftskrise ein. (s. E. Varga: Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts, Berlin, 1962).

⁸⁷⁾ „Einholen und Überholen“ ist ursprünglich der Titel eines Artikels von E. Varga aus dem Jahre 1939 (in: KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE, 8/1939, S. 993 ff). Auf dem V. Parteitag der SED wurde diese Formel von Ulbricht verwandt, womit er ausdrücken wollte, daß Westdeutschland bis 1961 bei den entscheidenden Konsumgütern einzuholen und zu überholen sein. Neuerdings wird in der SED der – ebenfalls von Ulbricht geprägte – Ausdruck „Überholen ohne Einzuholen“ gebraucht.

Da in den frühen 50er Jahren Veränderungen im Kapitalismus kategorisch verneint wurden, Thesen bürgerlicher und sozialdemokratischer Autoren grundsätzlich als reine Ideologie gebrandmarkt wurden, sah man sich nun in die Situation gestellt, mit ausgearbeiteten Theorien und Untersuchungen konfrontiert zu sein, denen man nicht viel mehr als allgemeine theoretische Leitsätze gegenüberstellen konnte. Mehr und mehr wird die Dringlichkeit der Analyse des modernen Kapitalismus erkannt. Das Verhältnis zur bürgerlichen Wissenschaft muß sich in diesem Prozeß notwendig ändern. Genügte es noch 1950 Mendelson mit dem Hinweis zu kompromittieren, er habe sozialdemokratische Quellen benutzt, so differenziert sich jetzt das Verhältnis im Prozeß der Erarbeitung der Theorie des Stamokap. Bürgerliche Theorie, insbesondere Ökonomie, ist nicht einfach mehr „Rechtfertigung“ bestimmter Maßnahmen der Monopole, sondern Ausdruck objektiver Prozesse. Die Einsicht in das Wesen der Prozesse im Kapitalismus ist den bürgerlichen Wissenschaften aufgrund ihrer ideologischen und damit auch methodischen Grundlage zwar nicht möglich, sie sind aber in der Lage, Teilprozesse richtig zu erkennen – besonders bei den „exakten“ Wissenschaften – als auch empirisches und statistisches Material zu sammeln.

Intensiv wird auf die Publikationen von Cole, Strachey, Keynes sowie Galbraith und J. Burham (aber auch noch andere) eingegangen.⁸⁸⁾ Die Destruierung der These der Wissenschaft als reine Überbauerscheinung, der bürgerlichen Wissenschaft als nur spezifische Form des gesellschaftlichen Bewußtseins vollzieht sich in der Philosophie mit der Auseinandersetzung um die These der Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft, als man beginnt, das Verhältnis von Wissenschaft und Produktion zu diskutieren.

Im Jahre 1962 wird beim Präsidium der Akademie der Wissenschaften der SU ein Wissenschaftlicher Rat gebildet: „Der ökonomische Wettbewerb der zwei Systeme und die schwach entwickelten Länder“, wobei besonders die Methoden der Arbeitsorganisation, der Lohnformen und -systeme sowie der Psychologie der Industriearbeit in den wissenschaftlichen Theorien der kapitalistischen Staaten studiert werden.

Dies erfolgt mit dem Ziel, bestimmte Methoden des Kapitalismus in die laufende Industriereform der SU und der sozialistischen Staaten zu übernehmen.⁸⁹⁾

⁸⁸⁾ vgl. dazu: J. Bljumin: Die Apologie der kapitalistischen Monopole durch bürgerliche Ökonomen der USA, in: SOWJETWISSENSCHAFT, 1/1956, S. 22 ff.

W. Tscheprawok: Die bürgerlichen Ökonomen und der staatsmonopolitistische Kapitalismus, in SOWJETWISS. 3/1956, S. 273 ff. J. Ostrowitjanow/W. Tscheprawok: Der staatsmonopolistische Kapitalismus im Zerrspiegel des Revisionismus, in: PFS, 2/1957, S. 44 ff.

Vgl. auch den früheren Aufsatz von W. Tscheprawok: Die Bürgerlichen Ökonomen der USA als Apoleten der imperialistischen Reaktion und Aggression, in: NEUE WELT, 1/53, S. 24 ff., wo er Sweezy als Wortführer des Militarismus bezeichnet.

⁸⁹⁾ vgl. A. A. Arsumanjan: Wichtige Fragen der Entwicklung der Weltwirtschaft, in: SPEKTRUM, Mitteilungsblatt der DAdW, 6/1962, S. 319 ff.

1963 differenziert ein Artikel von Gunter Kohlmey in der EINHEIT:

„In der heutigen Weltsituation . . . kommt der Lehre und Forschung zur kapitalistischen Wirtschaft eine **Doppelfunktion** zu: Entlarvung des reaktionär gewordenen Wesens des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und Aufspüren aller Entwicklungstendenzen der modernen Produktivkräfte, auch im Rahmen des Kapitalismus, zwecks Überprüfung ihrer Ausnutzbarkeit in der sozialistischen Planwirtschaft.“⁹⁰⁾

Die Redaktion der Zeitschrift „PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS“ leitet 1959 eine neue Diskussion über den Stamokap ein. Sie bittet den amerikanischen Ökonomen Victor Perlo um eine Stellungnahme, die als Auftakt zu einer breiteren Diskussion dienen soll.⁹¹⁾

In der Charakterisierung der ökonomischen Züge bezieht sich Perlo zustimmend auf Ostrowitjanow/Tscheprakow, die zunächst feststellten:

„Auf ihre ökonomische Macht gestützt, **bemächtigen sich die Monopole des kapitalistischen Staates und machen sich den Staatsapparat botmäßig**. Es vollzieht sich eine Verflechtung (und in einigen Fällen auch eine Verschmelzung) des Staates mit den Monopolen. Die Veränderungen in der kapitalistischen Ökonomik verändern ihrerseits auch den Charakter der Einmischung des bürgerlichen Staates in die Wirtschaft...“⁹²⁾

Ökonomisch betrachtet wird dann der Stamokap von den beiden Autoren definiert als „... ein kompliziertes System zur Ausnutzung des bürgerlichen Staates durch das monopolistische Kapital. Es umfaßt im wesentlichen **das Staatseigentum, den staatlichen Verbrauch, die Kontrolle und Regulierung durch die Regierung**.“⁹³⁾

Gerade der letzte Sektor im „System“ des Stamokap, die Regulierungstätigkeit des Staates, wird zunehmend in der Diskussion um den Stamokap analysiert. Und wenn – wie es später ausdrücklich geschieht – staatliche „Regulierung“, „Programmierung“ und „Planung“ des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses als das wesentliche des staatsmonopolistischen **Herrschaftssystems** angesehen wird, so muß notwendig eine Veränderung

⁹⁰⁾ Gunter Kohlmey: Neue Aufgaben für die Erforschung der kapitalistischen Wirtschaft, in: EINHEIT, 8/1963, S. 58 ff.

⁹¹⁾ Victor Perlo: Staatsmonopolistische Prozesse in der Wirtschaft der USA, in: PFS, 6/1959, S. 47 ff.

In dieser Zeit erscheinen neben Perlos Aufsatz eine ganze Reihe von Untersuchungen staatsmonopolistischer Prozesse in einzelnen Staaten. Vgl. u. a.:

J. Pewsner: Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Japan in: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (russ.) 3/1958 M. Sachmatow: Die staatsmonopolistischen Methoden der Außenhandelsexpansion der amerikanischen Monopole, in: SOWJETWISS. 5/1958, S. 586 ff.

Chmelnikzaja: Grundzüge des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, in: SOWJETWISS. 4/1959, S. 415 ff.

Emile Burns: Neue Züge des englischen Kapitalismus, in: PFS 8/1959, S. 32 ff.

Otto Reinhold: Zur Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, in: EINHEIT 6/1960, S. 890 ff.

⁹²⁾ Ostrowitjanow/Tscheprakow (s. Anm. 88) S. 45.

⁹³⁾ ebenda, S. 46.

des Krisenzyklus konstatiert werden.⁹⁴⁾ Perlos Beitrag ist aber auch deshalb von Belang, weil er sich der Frage der Reformen stellt. Er bringt das veränderte Verhältnis zum Staat, zu staatlichen Einrichtungen und Funktionen und damit die unbekümmerte Stärkung von Sozialstaatsillusionen in der Politik der KPen klar zum Ausdruck:

„Unserer Auffassung nach soll man für Reformen und Zugeständnisse kämpfen, falls sie für die Arbeiter und die Bevölkerung eines Landes im ganzen von Nutzen und folglich (!) gegen die Monopolisten gerichtet sind. Dann lohnt es sich, für Reformen zu kämpfen, **unabhängig davon, wie der Staat daran beteiligt ist** – und welchen Einfluß diese Reformen auf den kapitalistischen Zyklus ausüben können.“⁹⁵⁾

Aber diese Doppelheit der Taktik von antimonopolistischer Politik und Ausnutzen von staatlichen Funktionen und Apparaten ist nicht die originäre Leistung von Perlo, und erst recht nicht wurde eine solche Taktik erst nach der Moskauer Tagung 1960, bzw. nachdem man den Stamokap richtig definiert oder analysiert hatte, vertreten. Von der DKP und auch anderen KPen wird betont, daß es gerade die Analyse des Stamokap war, die eine neue Taktik formulieren half. Zum einen hat aber die antimonopolistische Politik ihre Vorläufer schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. So forderte bereits Bela Kun auf der 9. Sitzung des VI. EKKI-Plenums am 25. 5. 1926:

„Der Kampf gegen die Herrschaft der Monopole, gegen die Diktatur des Finanzkapitals, der Trusts, muß der Angelpunkt sein, um den herum unser Aktionsprogramm aufgebaut sein muß . . . Der Kampf gegen die Herrschaft der Truste ist zugleich der Boden, auf dem die Arbeiterklasse die Führung der anderen Werktätigen und ausgebeuteten Schichten erobert. In Rußland war die Frage der Vollendung der bürgerlichen Revolution, der Zertrümmerung des feudalen Grundeigentums die Grundlage für das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. In Westeuropa kann es teilweise die Herrschaft der Monopole, die Preisdiktatur der Syndikate sein, die alle diese Schichten ruiniert und notwendig in Opposition gegen die Herrschaft der Bourgeoisie treiben muß. Man muß aber einerseits die Frage der Forderungen der Staatssyndizierung in einigen Parteien gründlich prüfen, andererseits sich mit der sozialdemokratischen These der Wirtschaftsdemokratie auseinandersetzen und auf dem Gewerkschaftsgebiete eine Reihe von Forderungen der Arbeiterkontrolle ausarbeiten und diese Forderungen in den Vordergrund des Programms stellen.“⁹⁶⁾

⁹⁴⁾ Victor Perlo (s. Anm. 91): „Aber es wäre wohl kaum richtig, anzunehmen, daß Monopolkapital könne überhaupt keinen Einfluß auf den kapitalistischen Zyklus nehmen. Zahlreiche Marxisten, so auch ich, haben die Wirksamkeit des Stamokap in dieser Hinsicht unterschätzt.“ (S. 50).

Im Gegensatz dazu E. Varga: „Die Krise und die Arbeiterklasse“ in: PFS, 8/1959, S. 43: „Noch einmal bestätigte sich die Richtigkeit einer der grundlegenden Thesen des Marxismus, daß die kapitalistische Reproduktion kraft der dem Kapitalismus immanenten Gesetzen zu periodischen Über-Produktionskrisen führen muß.“

⁹⁵⁾ Perlo, ebenda, S. 52.

⁹⁶⁾ in: INPREKOR, 40/1926 S. 546 u. 547 (Hervorh. im Original).

Und zum anderen muß festgestellt werden, daß es gerade die KPI und KPF waren, die schon Ende der 50er Jahre eine Wende in der Taktik der westeuropäischen KPen einleiteten. Palmiro Togliatti forderte auf dem Oktoberplenium des ZK der KPI 1958 die Herstellung breiter Klassenbündnisse gegen das Monopolkapital, den Kampf ums Parlament und eine Revision der bisherigen „Abwarte-Politik“. ⁹⁷⁾ 1959 veröffentlichten KPI und KPF eine gemeinsame Erklärung, worin ein neuer Aufschwung des antifaschistischen und demokratischen Kampfes prognostiziert und gefordert wird. Dieser Kampf soll geführt werden auf der Grundlage eines „Programms der demokratischen und nationalen Erneuerung“.

„Dieses Programm, das die spezifischen Bedingungen jedes Landes berücksichtigt, muß nicht nur den **Kampf für die Wiederherstellung der Volksvertretungsinstitutionen** und für die volle Wahrung der Grundrechte der Staatsbürger . . ., nicht nur den **Kampf für das ordnungsgemäße (!) Funktionieren des Parlaments und der demokratischen (!) Einrichtungen** . . . vorsehen, damit sie . . . die **realen Interessen der Nation** höchstmöglich (vertritt). Dieses Programm muß auch den Kampf für ökonomische und soziale Umgestaltung vorsehen, die auf eine Einschränkung der Macht der Monopole abzielen. In dieser Situation sind folgende Forderungen notwendig: Nationalisierung einzelner Industriezweige, Agrarreform und Schutz des kleinbäuerlichen Eigentums vor der Willkür der Monopole, Demokratisierung der Verwaltung der gesellschaftlichen Wirtschaftszweige, demokratische Kontrolle über die Pläne für staatliche Investitionen.“ ⁹⁸⁾

Ein entsprechendes Programm, „das den demokratischen Kräften klare Perspektiven eröffnet“, wird auf dem XV. Parteitag der KPF 1959 verabschiedet. ⁹⁹⁾ In Italien geschieht das gleiche. In einem Beitrag über den antimonopolistischen Kampf der KPI fordert das Mitglied des Exekutivkomitees des ZK der KPI Mauro Scossimarro die „demokratische Erneuerung der italienischen Gesellschaft“ mittels der Kontrolle der Monopole und Nationalisierung. Die Notwendigkeit der gesellschaftlich-demokratischen Kontrolle ergebe sich „aus dem Widerspruch zwischen den Privatinteressen der Monopole und den grundlegenden Interessen des ganzen Landes“. In einer Aufzählung werden diese gesellschaftlichen Interessen aufgeschlüsselt: Arbeiter, Bauern, Unabhängige **Produzenten (!)**, Verbraucher (!) Unter Kontrolle gestellt werden sollen „die Kanäle, über die die Sicherung des maximalen Monopolprofits“ erfolgt – im wesentlichen geht es um Werte, Preise, Profite und Investitionen usw.“ ¹⁰⁰⁾

⁹⁷⁾ „Für eine aktive Politik zum Schutz der Demokratie“, in: PFS, 4/1958, S. 69 f.

⁹⁸⁾ „Aufruf zum Handeln gegen Reaktion und Faschismus“, in: PFS 2/1959, S. 59 ff (Hervor. vom V.).

Die Betonung auf den Antifaschismus ergibt sich daraus, daß de Gaulles Regierungsantritt am 1. 1. 1958 als Übergang zum Faschismus interpretiert wurde.

⁹⁹⁾ vgl. Paul Cortien: Einige Seiten der Arbeit des Parteitages der französischen Kommunisten, in: PFS 9/59, S. 52 ff.

¹⁰⁰⁾ Mauro Scossimarro: Der Kampf um die Monopole in Italien, in: PFS 8/59, S. 38 ff.

Der antimonopolistische Kampf wird begründet aus der Tendenz zum autoritären Regime bzw. Faschismus; als mächtigste Erscheinung dafür wird die Schaffung der EWG angesehen.¹⁰¹⁾ Der antimonopolistische Kampf geht Hand in Hand mit dem Kampf gegen die EWG.¹⁰²⁾

Die Taktik des antimonopolistischen Kampfes, des parlamentarischen Kampfes, der demokratischen Kontrolle, des Ausnützens von Staatsapparaten und -funktionen ist also schon lange formuliert, bevor es eine Theorie des Stamokap gibt.¹⁰³⁾

Dieses Auseinanderfallen von Theorie und Praxis, das „Nachhinken“ theoretischer Anstrengungen, die die Taktiken nur noch „erklären“, mit einer wissenschaftlichen Analyse absichern sollen, vertuscht die Stamokap-Theorie. Die Moskauer Erklärung der Internationalen Tagung der kommunistischen und Arbeiterparteien stellt eine neue Etappe in der Herausbildung der Theorie des Stamokap dar. In ihr wird die These der 3., neuen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus aufgestellt.¹⁰⁴⁾

„Der Triumph des Sozialismus in einer großen Gruppe Länder Europas und Asiens, die ein Drittel der Menschheit umfaßt; das mächtige Wachstum der Kräfte, die für den Sozialismus in der ganzen Welt kämpfen, und die stetige Schwächung des Imperialismus im ökonomischen Wettbewerb mit dem Sozialismus; der neue gewaltige Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes und der immer raschere Zerfall des Kolonialsystems; die zunehmende Labilität des gesamten Wirtschaftssystems der kapitalistischen Welt; die Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus infolge der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des wachsenden Militarismus; die Vertiefung der Gegensätze zwischen den Monopolen und den Interessen der gesamten Nation; der Abbau der bürgerlichen Demokratie, die Tendenz zu autoritären und faschistischen Regierungsmethoden; die tiefe Krise der bürgerlichen Politik und Ideologie – all das sind Beweise dafür, daß **die Entwicklung der allgemeinen Krise in eine neue Etappe eingetreten ist.**“¹⁰⁵⁾

„Die Besonderheit dieser Etappe besteht darin, das sie nicht im Zusammenhang mit einem Weltkrieg entstanden ist, sondern unter den Bedingungen des Wettbewerbs und des Kampfes der beiden Systeme, einer immer größeren Veränderung zugunsten des Sozialismus, ... unter Bedingungen, in

¹⁰¹⁾ ebenda, S. 38.

¹⁰²⁾ ebenda und bes. die Konferenzen der westeuropäischen KPen (vor allem 1965 in Brüssel).

¹⁰³⁾ Das Programm und die Taktik der KPen muß daher auch vordringlich abgeleitet werden aus der langjährigen Praxis dieser Parteien und dem Erbe der vorherrschenden „Interpretation“ der marxistischen Theorie.

¹⁰⁴⁾ Eine 3. Etappe der allgemeinen Krise wurde schon einmal formuliert. Vgl.: „Zehn Jahre Komintern“ Thesen der Agitprop des EKKI von März 1929, in: INPREKOR 21/1929, S. 443 ff. Damals unterschied man 3 „Perioden“; die 1. 1914–1921; 1921–1923 dann Beginn der Offensive des Kapitals; die 2. 1923–1925; der Übergang zur 3. 1926/27 und die dritte Periode schließlich ab 1927. Die jetzige 3. Etappe ist kongruent mit der neuen Etappe des Sozialismus: in der SU die Verwirklichung des umfassenden Aufbaus des Kommunismus, in den anderen soz. Ländern die Periode des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. (vgl. „Erklärung“ (Anm. 105), 1960, S. 18/19).

¹⁰⁵⁾ „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“, 2., Berlin, 1961, S. 17/18.

denen es der erfolgreiche Kampf der friedliebendenen Kräfte für die Durchsetzung und Festigung der friedlichen Koexistenz den Imperialisten nicht gestattet, den Weltfrieden durch ihre Aggressionshandlungen zu brechen. . . ¹⁰⁶⁾

Die neue Etappe wird also gekoppelt an einen potentiellen Krieg, den zu verhindern der SU und ihren Verbündeten durch die Politik der friedlichen Koexistenz gelang.

Der „Beweis“ einer neuen Entwicklung wird gesehen in der schematischen Aufzählung von bestimmten Veränderungen auf allen möglichen Gebieten, ohne den Zusammenhang und innere Struktur dieser Erscheinungen überhaupt zu reflektieren.

Den kapitalistischen Ländern wird keine weiterreichende Entwicklungsmöglichkeit eingeräumt; vielmehr steuert der Kapitalismus seinem Zerfall zu.

„Das kapitalistische Weltsystem ist von einem tiefgehenden Niedergangs- und Zersetzungsprozeß erfaßt. Die Widersprüche des Imperialismus haben das Hinüberwachsen des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus beschleunigt. Der staatsmonopolistische Kapitalismus verleiht den Monopolen noch größere Macht über das Leben der Nation und fügt die Macht der Monopole und die Macht des Staates zu einem einheitlichen Apparat zusammen, der die kapitalistische Ordnung retten und der imperialistischen Bourgeoisie die maximale Steigerung ihrer Profite durch Ausbeutung der Arbeiterklasse und Ausplünderung der breiten Bevölkerungsschichten sichern soll.“

„Der Kapitalismus verhindert immer mehr die Anwendung der modernen Wissenschaft und Technik im Interesse des sozialen Fortschritts. . . Die kapitalistische Wirtschaft wird immer labiler . . . Die Anarchie der kapitalistischen Produktion vertieft sich . . .“ ¹⁰⁷

Die Lapidarformel, daß sich alle Widersprüche verschärfen und vertiefen, ersetzt noch immer konkrete Analysen. In der Stellungnahme zum Stamokap wird kein völlig neues Element hinzugefügt, wie Boccara meint ¹⁰⁸⁾, sondern es werden nur bekannte, früher scharf bekämpfte Formulierungen, die dann Ende der 50er Jahre unter den russischen Ökonomen vorsichtig wieder aufgenommen wurden, nun „offiziell“ bestätigt („Verschmelzung von Staat und Monopol“). In der Frage der Taktik werden die bekannten Thesen der 57er Beratung und der Programme der KPI und KPF wiederholt. Der Führungsanspruch der KPdSU wird ausdrücklich bestätigt ¹⁰⁹⁾ aufgrund der aufgetre-

¹⁰⁶⁾ ebenda, S. 18.

¹⁰⁷⁾ ebenda, S. 12 u. 13.

¹⁰⁸⁾ Paul Boccara, Einführung in die Frage des Stamokap, in: SOZIALISTISCHE POLITIK Nr. 11, S. 13.

¹⁰⁹⁾ „Erklärung . . .“ S. 64/65; bes.: „Die historischen Beschlüsse des XX. PT der KPdSU haben **nicht nur für die KPdSU** und den kommunistischen Aufbau in der UdSSR große Bedeutung, sondern leiten auch in der internationalen kommunistischen Bewegung eine neue Etappe ein und tragen zu deren weiteren Entwicklung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus bei.“ (Hervorh. v. V.).

tenden Meinungsverschiedenheiten mit den Vertretern der Albanischen Partei der Arbeit und der KP Chinas. ¹¹⁰⁾

Auch ein „normales“ Wachstum wird für den Kapitalismus weiterhin zunächst für unmöglich gehalten.

„In der vor uns liegenden Periode wird das Wachstumstempo der kapitalistischen Produktion bedeutend geringer sein als bisher. Je weiter die Zeit voranschreitet, desto tiefer, schärfer und verheerender werden die Überproduktionskrisen sein und die kapitalistische Produktion zurückwerfen.“ ¹¹¹⁾

1959 formulierte Varga noch „präziser“:

„In dem Zyklus, der nach der derzeitigen Krise einsetzt, kann man wohl kaum einen großen Aufschwung der kapitalistischen Weltproduktion erwarten, von der Art, wie er im ersten Nachkriegszyklus zu verzeichnen war, **da die durch den zweiten Weltkrieg verursachte spezifische Erweiterung des Weltmarktes fortfällt.** Der Ablauf dieses Zyklus dürfte eher an den Prozeß, der vor dem zweiten Weltkrieg verlief, erinnern, als an dem, der nach dem zweiten Weltkrieg zu verzeichnen war.“ ¹¹²⁾

Abgesehen von der schematischen historischen Zurechnung von Zyklen zeigt dieses Zitat deutlich, daß an dem Theorem des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Kapitalismus festgehalten wurde – der Aufschwung des Kapitalismus wird deshalb nicht aus seinen Gesetzmäßigkeiten abgeleitet, sondern wiederum „besonderen“ Umständen („spezifische Erweiterung des Weltmarktes“) – die einfach nur als Erscheinungen konstatiert werden – zugerechnet; fallen diese Umstände, kann es folglich auch keine weitere Stabilisierung geben: Die Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus, seines „Niedergangs- und Zersetzungsprozesses“, bleibt bestehen.

Die Veränderungen der Produktionsstruktur, das Aufkommen neuer Technologien und Wissenschafts-Disziplinen, insbesondere der Beginn der Automatisierungsprozesse in der kapitalistischen Wirtschaft in den 50er Jahren findet diese These schärfste Ablehnung – weil sie ja die prinzipielle Mög-These der 2. industriellen Revolution. ¹¹³⁾ In den sozialistischen Ländern findet diese These schärfste Ablehnung – weil sie ja die prinzipielle Möglichkeit der Weiterentwicklung des Kapitalismus begründen würde.

So sieht Varga durchaus den Prozeß der technischen Veränderung (im Gegensatz zu den frühen 50er Jahren), aber folgert daraus nur, daß „eine Zunahme der chronischen Massenarbeitslosigkeit erfolgen wird, wie sie für die Epoche der allgemeinen Krise charakteristisch ist . . .“ ¹¹⁵⁾

¹¹⁰⁾ siehe die Darstellung bei: Walter Ulbricht: Stellungnahme zur Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien . . . (Referat auf der 11. ZK-Tagung der SED, 15.–17. Dez. 1960) in: ebenda, S. 166–168.

¹¹¹⁾ E. Varga: „Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts“, Berlin 1962, S. 102/103.

¹¹²⁾ Eugen Varga: „Die Krise und die Arbeiterklasse“, in: PFS, 8/1958, S. 48.

¹¹³⁾ Vgl. die Referate von Leo Brandt und Carlo Schmid auf dem Münchener Parteitag der SPD 1956.

¹¹⁴⁾ entfällt.

¹¹⁵⁾ s. Anm. 112, S. 48.

Als jedoch die Empirie eine immer deutlichere Sprache spricht, ist man wiederum gezwungen, die Theoreme zu revidieren. Als Ursache dafür, daß der Kapitalismus noch nicht zusammenbricht, wird jedoch keine Analyse des Doppelcharakters der kapitalistischen Produktion in seiner historischen Konkretion vorgelegt, sondern (wiederum) ein epiphänomenaler Grund angeführt: die These der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Um aber überhaupt die Möglichkeit wirtschaftlichen Wachstums in den kapitalistischen Staaten nach dem 2. Weltkrieg anzuerkennen, die verbunden ist mit einer Ausdehnung des inneren Marktes für Verbrauchsgüter und des tendenziellen Rückgangs der Arbeitslosenzahl, bedarf es der Destruierung einer Theorie, die seit Stalins Zeiten als Haupttheorem der Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus gilt: die Theorie der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse.¹¹⁶⁾

Gerade aus den Reihen der westlichen KPen kommen Beiträge, die eine Revision dieser Theorie fordern.

Aber noch im Entwurf des neuen Programms der KPdSU 1961 steht: „... die Arbeiterklasse leidet ständig unter Massenarbeitslosigkeit... Trotz einzelner Erfolge der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Kampf wird ihre Lage in der kapitalistischen Welt im großen und ganzen schlechter

Die kapitalistische Automatisierung macht den Arbeiter brotlos; ... der Lebensstandard sinkt.“¹¹⁷⁾

In den Diskussionen in den Konferenzen der Redaktion der Zeitschrift Probleme des Friedens und des Sozialismus 1962 werden eine Reihe früher vertretender Theoreme revidiert, die Diskussionsergebnisse selber werden dann integraler Bestandteil der Stamokap-Theorie. Auf dem Meinungsaustausch: „Krisen und die Werktätigen“¹¹⁸⁾ werden die Grundsteine zu der veränderten Interpretation der Krisen gelegt. Eingangs wird von Rumjanzew festgestellt: „Viele der ‚ungewöhnlichen‘ Prozesse der kapitalistischen Reproduktion, die wir früher mit Recht als eine Abweichung von der Norm betrachtet haben, nehmen gegenwärtig immer mehr typischen Charakter an.“¹¹⁹⁾

Der sowjetische Ökonom J. Ostrowitjanow hebt die Diskussion um den Stamokap auf eine neue Stufe der Interpretation: Er geht von der Grundlage des neuen KPdSU-Programms aus: „Die Bildung und das Wachstum der Monopole führen dazu, daß der Staat zugunsten der Finanzoligarchie **unmittelbar in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß eingreift**. Im Interesse der Finanzoligarchie trifft der bürgerliche Staat **regulierende Maßnahmen** verschiedener Art, nutzt er die Verstaatlichung einzelner Wirtschaftszweige aus.“¹²⁰⁾

¹¹⁶⁾ 1958 hat Novalainen (Finnl.) auf der Berliner Konferenz schon darauf hingewiesen, daß diese These aus einem mißverstandenen Zitat Lenins herrührt. Vgl. Anm. 84, 2. Bd.)

¹¹⁷⁾ Programm der KPdSU (Entwurf), in: EINHEIT- Sonderheft August 1961, S. 19 u. 18.

¹¹⁸⁾ vgl. PFS 3/1962, S. 241 ff.

¹¹⁹⁾ ebenda, S. 242.

¹²⁰⁾ Programm der KPdSU, S. 17 (Hervorh. vom V.).

In der Diskussion der „Besonderheiten der modernen kapitalistischen Reproduktion“ sieht er hierin die Ursache des „stürmischen Wachstums“ des Stamokap; andererseits kommt er aber auch zu einer Kritik der bisherigen marxistischen Krisentheorie. Die marxistischen Ökonomen hätten bisher „die zyklischen Gesetzmäßigkeiten und die staatsmonopolistischen Prozesse gleichsam getrennt“ und interpretierten folgerichtig die „Deformierung“ der Zyklen als zeitweilige Erscheinung, da „die staatsmonopolistischen Stützen in der nächsten Zeit endgültig nachgeben werden und der Kapitalismus zu dem klassischen Bild der zyklischen Entwicklung zurückkehren werde.“¹²¹⁾ Die Trennung des Krisengesetzes vom „konkreten historischen Milieu“ führte einmal zu unlässigen historischen Analogien (eine indirekte Varga-Kritik), andererseits aber auch dazu, daß die neuen Faktoren des Reproduktionsprozesses einfach ignoriert wurden. Die deformierten Zyklen seien die Regel, in ihnen sind staatsmonopolistische Faktoren „eingeflochten“, die es zu analysieren gelte. In der Konferenz: „Probleme des modernen Kapitalismus und der Arbeiterklasse“ im September/August 1962 in Moskau löst man sich dann endgültig von der These der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse. Diese Abkehr erfolgt jedoch nicht offen; es wird nur gegen ungeannte Dogmatiker polemisiert, die diese These vertreten hätten. Hauptkritiker sind neben H. Winston (USA) die Sowjetrussen T. Timofejew und W. Ljubimowa. Im offenen Widerspruch zum Programm der KPdSU (vgl. Anmerk. 117) heißt es im zusammenfassenden Bericht Arsumanjans dann:

„Die Möglichkeit einer Hebung des Lebensstandards der Werktätigen unbeding und kategorisch verneinen hieße im Grunde nichts anderes als die Entwicklung des Hauptelements der Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft – die Arbeiterklasse – abstreiten.“¹²²⁾ So ist der Weg frei gemacht für die Interpretation der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Schon Mitte der 50er Jahre beginnt man die Prozesse der Veränderungen in der Technologie, Industriestruktur und Arbeitsorganisation in den kapitalistischen Ländern zu diskutieren. Das Dogma der Unmöglichkeit der Weiterentwicklung des Kapitalismus entfällt. Die anfänglich unverblünte Verneinung der These der „2. industriellen Revolution“ weicht einer differenzierteren Einstellung, die aber zunächst nur die technische Entwicklung betrachtet und später als technizistisch kritisiert wird.¹²³⁾ Ende der 50er Jahre beginnt die Diskussion um den Begriff der wiss-techn. Revolution, in dessen Verlauf dieser sich durchsetzt und dann versucht wird, ihn exakt zu formulieren. Die Protagonisten dieser Theorie sind neben anderen vor allem John D. Bernal, S. G. Strumilin, Victor Perlo und Kurt Teßmann.¹²⁴⁾

¹²¹⁾ s. Anm. 118. S. 249.

¹²²⁾ Meinungsaustausch: „Probleme des modernen Kapitalismus“, in: PFS 12/1962, S. 1057.

¹²³⁾ F. Selbmann/G. Ziller: Die neue Epoche der technischen Entwicklung, Berlin, 1956. F. Selbmann: Ein Zeitalter stellt sich vor, Berlin 1957.

¹²⁴⁾ Radovan Richta: Wiss.-techn. Revolution und Marxismus, in: PFS 1/1967, S. 62.

Die Diskussion ist unter einem doppelten Gesichtspunkt zu betrachten: Einmal verläuft sie in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, wobei man aber 1. die Einführung neuer Techniken und die Automatisierung grundsätzlich mit Massenarbeitslosigkeit koppelt ¹²⁵⁾ und 2. – damit zusammenhängend – partiellen technischen Fortschritt dem Kapitalismus zwar zubilligt, die wiss-techn. Revolution aber nur im Sozialismus für möglich erklärt. ¹²⁶⁾ Interessant hieran ist das Gleichsetzen von Kommunismus mit entfalteter Technik (heute allerdings kritisiert), was für die Chruschtschow-Ära aber überhaupt bezeichnend war in ihrer naiven Faszination moderner Wissenschaft und Technik.

Zum anderen aber hat jede Bestimmung des Verhältnisses von Wissenschaft und Produktion Auswirkungen auch in der Entwicklung der sozialistischen Staaten, die ihre Hauptaufgabe zunehmend in der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Systemauseinandersetzung sehen.

Die entwickelten Thesen zur wiss-techn. Revolution stellen zunächst aber noch keine systematische Theorie dar und begnügen sich zumeist auch mit der Beschreibung von Erscheinungen. Ihren weiteren Ausbau erhält die These durch die Theorie der Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft. Anschließend an verschiedene Äußerungen von Marx in den „Grundrissen“ wird schon im Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ behauptet: „Es bricht die von Marx vorausgesehene Zeit an, da die Wissenschaft unmittelbar zur Produktivkraft wird.“ ¹²⁷⁾

Auch Walter Ulbricht gehört zu den ersten, die aus den Marxschen Formulierungen unmittelbare politische Schlußfolgerungen ziehen. Auf der 12. Tagung des ZK der SED im März 1961 wird eine neue Phase der Entwicklung der DDR festgestellt, wobei die weitere Entwicklung des Sozialismus vor allem in der Förderung der Wissenschaft und Technik abhängig gemacht wird. Ulbricht betont: „In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob die Wissenschaft – genauer gesagt die naturwissenschaftlich-technischen Zweige – zum Bereich der materiellen Produktion gehören. Das ist eine Frage, die gegenwärtig nicht nur von theoretischer sondern auch von großer

¹²⁵⁾ z. B. Emile Burns: Neue Züge des englischen Kapitalismus, in: PFS, 8/1959, S. 36: „Die Monopole benutzen die Gewinne auch . . . , um die Automatisierung und andere technische Verbesserungen einzuführen. Nach der Meinung der rechten Labourführer bedeuten diese techn. Vervollkommnungen eine neue „technische Revolution“, die dem Kapitalismus angeblich gestatten wird, seine Existenz zu verlängern. Die labouristischen „Theoretiker“ ignorieren die Tatsache, daß die Automatisierung und andere Produktionsmethoden im Kapitalismus zum Unterschied von der sozialist. Gesellschaft eine Verringerung der Zahl der in der Produktion beschäftigten Arbeiter nach sich zieht und damit die kapital. Widersprüche verschärft.“ (Herv. im O.)

¹²⁶⁾ Kurt Teßmann: Probleme der wiss.-techn. Revolution. Berlin 1962.

¹²⁷⁾ Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 1., Berlin 1960, S. 757. Erstmals diskutiert diese Frage G. Kosel: Produktivkraft Wissenschaft, Berlin 1957 (allerdings nur auf die Naturwiss. bezogen). Vgl auch die Kritik daran: M. Börner: Ist Wissenschaft Produktivkraft? in: EINHEIT 3/1958, S. 442 ff.

**HERBSTNEUERSCHEINUNGEN
DER EUROPÄISCHEN VERLAGSANSTALT**



Jürgen Ritsert / Claus Rolshausen
Der Konservatismus in der Kritischen Theorie
104 Seiten, kartoniert 6,- DM

basis arbeitsergebnisse

Armin Gutt / Ruth Salfner
Sozialisation und Sprache
Didaktische Hinweise zu emanzipatorischer Sprachschulung
112 Seiten, kartoniert 5,- DM

basis arbeitsergebnisse

Hermann Weber
Die Wandlung des deutschen Kommunismus
Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik
gek. Stud. Ausg., 408 Seiten, kartoniert 9,- DM

basis studienausgaben

Karl Korsch
Die materialistische Geschichtsauffassung und andere Schriften
182 Seiten, kartoniert 6,- DM

basis studienausgaben

Oswald Todtenberg / Arno Ploog
Du gehörst dir und nicht den Bossen
Ein Buch für Lehrlinge mit Illustrationen von Arno Ploog
148 Seiten, kartoniert 8,- DM

Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Norbert Altmann / Klaus Düll / Guido Kammerer
Öffentliche Verwaltung
Modernisierung als gesellschaftliches Problem
120 Seiten, kartoniert 7,- DM

Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Europäische Verlagsanstalt

**HERBSTNEUERSCHEINUNGEN
DER EUROPÄISCHEN VERLAGSANSTALT**



Kapitalismus in den siebziger Jahren
Referate vom Kongreß in Tilburg im September 1970
296 Seiten, kartoniert 19,— DM, Leinen 25,— DM

Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

Mechthild Curtius / Wulf D. Hund
Mode und Gesellschaft
Zur Strategie der Konsumindustrie
88 Seiten, kartoniert 9,— DM

Modell 12 der Modelle für den politischen und sozialwissen-
schaftlichen Unterricht

Rolf Schmiederer
Bildungskrise und Schulreform
128 Seiten, kartoniert 10,— DM

Modell 13 der Modelle für den politischen und sozialwissen-
schaftlichen Unterricht

Alfred Sohn-Rethel
Warenform und Denkform
Aufsätze
132 Seiten, kartoniert 10,— DM

Kritische Studien zur Philosophie

Lucien Goldmann
Gesellschaftswissenschaften und Philosophie
128 Seiten, kartoniert 10,— DM

Kritische Studien zur Philosophie

Karl W. Deutsch
Analyse internationaler Beziehungen
Konzeption und Probleme der Friedensforschung
312 Seiten, kartoniert 28,— DM, Leinen 34,— DM

Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Europäische Verlagsanstalt

praktischer Bedeutung ist. Ich persönlich bin der Meinung, daß die Frage bejaht werden sollte.“¹²⁸⁾

Die These findet ihre allgemeine Anerkennung im Jahre 1963, in dem eine ganze Flut von Artikeln zu dieser Frage erscheinen.¹²⁹⁾ Ihre Vollendung findet die These der wiss.-techn. Revolution aber erst in der neuen Theorie der Produktivkräfte, der „wissenschaftlichen Präzisierung der Produktivkrafttheorie“. In der DDR werden die Weichen dazu in den Beschlüssen des VI. PT der SED 1963 gelegt: Im Anschluß daran wird in einem EINHEIT-Artikel erstmalig mit der „statischen Produktivkraftbestimmung“ gebrochen und die Produktivkräfte als „dynamisches System“ definiert:

„Die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft sind die spezifische Gesamtheit der subjektiven und gegenständlichen Faktoren, die durch ihr effektives Zusammenwirken im Produktionsprozeß eine konkret-historische Form der Produktion materieller Güter realisieren und den Produktivitätsgrad der Arbeit bestimmen.“¹³⁰⁾

Alle späteren Definitionen fußen auf dieser. Seinen vorläufigen Abschluß findet die Diskussion um die neue Produktivkrafttheorie 1965 auf dem Kongreß „Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution“. 1966 präzisiert ein EINHEIT-Artikel die Definition noch mit der stärkeren Betonung des technologischen Aspekts.¹³¹⁾

Diese so eingeschätzte wiss.-techn. Revolution führt zu der Ansicht, „daß wir uns an der Grenze zweier Entwicklungsepochen der Zivilisation befinden“¹³²⁾. Die Weiterentwicklung der wiss.-techn. Revolution erscheint nun als der Hebel zum Übergang in die neue Epoche des wissenschaftlichen Zeitalters,

¹²⁸⁾ Walter Ulbricht: Antwort auf aktuelle politische, wirtschaftliche und menschliche Probleme, in: Die Aufgaben zur weiteren ökonomischen Stärkung der DDR und zur Festigung der sozialistischen Demokratie. Zit. in: Sieglinde Heppner: Marxist.-leninistische Produktivkrafttheorie und weltanschaulich-theoretische Probleme der wiss.-techn. Revolution, in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT für PHILOSOPHIE 1/1971, S. 449 ff.

¹²⁹⁾ u. a.: A. Borjonet/M. Rubinstein: Die wiss.-techn. Revolution und der moderne Kapitalismus, in: PFS 2/1963, S. 118 ff.

N. N.: Die Rolle der Wissenschaft in der modernen Gesellschaft in: PFS 4/1963, S. 299 ff.

S. G. Strumilin: Die Zukunft gehört der Einheit von Wissenschaft und Arbeit, in: PFS 4/1963, S. 301 ff.

E. Solowjar/I. Frolow: Die Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft der Gesellschaft, in: SOWJETWISS. 1/1963, S. 1 ff.

Shanin: Die Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft, in: SOWJETWISS. 12/1963, S. 1270 ff.

V. Stoljarow: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft und die materialistische Geschichtsauffassung, in: DZfPh, 7/1963.

¹³⁰⁾ H. Klotz/ K. Rum; Über Produktivkraft Wissenschaft, in: EINHEIT 2 u. 3/1963, Zitat: 2/63, S. 29.

¹³¹⁾ G. Schulz: Wandel im System der modernen Produktivkräfte, in: EINHEIT 9/1966. Produktivkraft als „die spezifische Gesamtheit der subjektiven und gegenständlichen Faktoren sowie der Prozesse ihres Zusammenwirkens im Produktionsprozeß, die in ihrer bewegten Einheit in einer konkret-historischen Form materieller Güter der Produktivitätsgrad der Arbeit bestimmen.“ (S. 151)

¹³²⁾ Richta, s. Anm. 124, S. 62.

welches zugleich die Überwindung des kapitalistischen Systems signalisiert. Der Kampf um die wiss-techn. Revolution wird zu einem entscheidenden Hebel des Klassenkampfes.

„Die Erfahrungen zeigen, daß die kapitalistischen Konzerne die technische Revolution vorantreiben... es kann keine Rede davon sein, daß die Konzerne die Anwendung der modernen Wissenschaft im allgemeinen verhindern.“¹³³⁾

„Unter den gegenwärtigen Bedingungen des weltweiten Kampfes entwickeln beide Gesellschaftsordnungen wesentliche Impulse zur Durchsetzung der technischen Revolutionen. Die auf die Durchsetzung der technischen Revolution gerichteten **inneren Triebkräfte** der sozialistischen Produktionsverhältnisse sind **ihrer Potenz** nach stärker.“¹³⁴⁾

Diese gewandelte Einschätzung des Kapitalismus unserer Tage: eines zwar labilen Systems, das aber in der Lage ist, sich zu entwickeln, wird vorherrschend. Dem entspricht das Ausrichten auf eine langfristige Politik, sowie einige neue Akzentuierungen in der Einschätzung des Staates und der Taktik.

Innerhalb der alten Bündnisschichten nimmt die Intelligenz nun einen immer breiteren Raum ein¹³⁵⁾, insbesondere auch die „technische Intelligenz“, sogar die Prognostiker.¹³⁶⁾

4. Phase 1964 bis heute

Mit dem Jahre 1964 beginnt eine Etappe der Ausarbeitung einer geschlossenen Theorie des Stamokap, die wesentlich dadurch geprägt ist, daß die Weiterentwicklung von einer ganzen Reihe von Konferenzen und Jubiläums-

¹³³⁾ Wolfgang Berger: Technische Revolution und ökonomische Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, in: PFS 4/1965, S. 271.

Auch hier wieder typisch, daß die Revision der alten These (Der Kapitalismus hemmt prinzipiell die Entfaltung der Technik) aus **empirischen** Gründen vorgebracht wird, die Frage nach einer marxistischen Analyse sich gar nicht stellt.

¹³⁴⁾ ebenda, S. 276 (Hervorh. vom V.)

Was sind die „Triebkräfte“ des Sozialismus und warum sind sie „potenter“? Darauf gibt Werner Lamberz eine Antwort: „Die Triebkraft des Sozialismus liegt in der Übereinstimmung des einzelnen Bürgers, der Kollektive und der Gesamtgesellschaft. In dieser Interessenidentität, die immer wieder auf Neue verwirklicht werden muß, liegt ein mächtiger, keiner anderen Gesellschaftsformation zugänglicher Stimulus schöpferischer Volksinitiative.“ (Werner Lamberz: Die DDR vor ihrem 20. Geburtstag, in: PFS 5/1969, S. 602).

Und diese Übereinstimmung zur Durchführung der wiss.-techn. Revolution (d. h. der Steigerung der Arbeitsproduktivität) wird über den materiellen Anreiz erzielt.

„Die Werktätigen der DDR sind an der erfolgreichen Durchführung der technischen Revolution materiell interessiert, weil sie wissen, daß auf diesem Wege ihr Lebensstandard weiter erhöht wird. Das ist eine starke Triebkraft.“ (Walter Ulbricht auf dem VI. PT der SED, zit. nach J. Grinberg: Sozialismus und technische Revolution, in: PFS 7/1965, S. 603 ff.

¹³⁵⁾ M. Marnardaschwili / I. Frolow: Das Bündnis von Wissenschaft und Demokratie, in: PFS 4/1965, S. 303 ff.

¹³⁶⁾ vgl. Heinz Jung: Staatsmonopolistisches System der BRD in den 70er Jahren (Rez.). in: EINHEIT 4/1970.

treffen angeregt und gefördert wird.¹³⁷⁾ Hierbei kommen – im Gegensatz zu früher – auch die Forschungsansätze der anderen KPen neben denen der KPdSU zum Tragen. Diese Internationalisierung der marxistischen Forschung ist der Ausdruck des gestiegenen Selbstbewußtseins der europäischen KPen und Folge der seit dem XX. PT der KPdSU eingeschlagenen Linie.¹³⁸⁾ In der Frage der Analyse des modernen Kapitalismus, also der Analyse des Stamokap, zeichnen sich neben sowjetischen Wissenschaftlern besonders die der DDR, Frankreichs, Italiens, Großbritanniens sowie der USA und Kanadas aus, wobei man den Ansätzen aus der DDR – neben denen der KPF – den umfangreichsten und ausgearbeitesten Charakter zugestehen muß. In gewissen Sinne kommt den DDR-Wissenschaftlern hiermit eine vorwärtstreibende Rolle zu, die aber in jüngster Zeit wieder zurückgenommen wird.¹³⁹⁾ Die Verschiedenheit der methodischen Ansätze ist jedoch nicht zu übersehen.¹⁴⁰⁾ Es ist deshalb falsch, von einer geschlossenen Theorie des Stamokap in dem Sinne zu sprechen, als ob eine **in sich** geschlossene oder gar abge-

¹³⁷⁾ als die wichtigsten seien genannt

- 1964: 100 Jahre I. Internationale in Berlin, Kolloquium „Das Herrschaftssystem des westdt. Imperial.“.
- 1965: Zu Problemen der ökonomischen Theorie und Praxis, Rom.
- 1966: Stamokap, Choisy-le-Roi.
- 1967: 100 Jahre „Kapital“, Berlin (u. a.).
- 50 Jahre Lenins „Imperialismus . . .“, Moskau.
- 1968: 150. Geburtstag Karl Marx, Berlin.
- 1969: 3. Moskauer Weltkonferenz.
- 1970: 100. Geburtstag Lenins (Leninjahr).

¹³⁸⁾ vgl. die Ausführungen Emilio Serenis (s. Anm. 51): „Wir müssen aber eingestehen, scheint uns, daß man nicht ebenso positiv (wie die Rolle der SU, d. V.) die Konsequenzen einschätzen kann, die wir in den fortgeschrittenen Ländern aus der Überprüfung der auf nationaler und Weltenebene in den Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik aufgetretenden Veränderungen zu ziehen mußten. Auf diesem Grunde, so glauben wir, konnte unsere Bewegung in der Mehrzahl dieser Länder bis auf den heutigen Tag nicht die Phase einer propagandistischen Aktivität überwinden, um zu einer Kraft zu werden, die fähig ist, im nationalen Leben tatsächlich ins Gewicht zu fallen.“

¹³⁹⁾ So betont Otto Reinhold gerade das Aufnehmen von Forschungsergebnissen der Sowjetwissenschaftler und die enge Zusammenarbeit mit Instituten der SU bei der Erstellung der neuen Kollektivarbeit: „Der Imperialismus der BRD“, in: EINHEIT, 6/1971, S. 760.

Das trifft für das 2. und 5., aber vor allem das 9. Kapitel zu (Der Kampf gegen die Diktatur des Stamokap), wo intensiv auf sowjetische, aber bes. stark auch auf DKP-Autoren zurückgegriffen wird.

¹⁴⁰⁾ vgl. Boccara: Der Stamokap, die Akkumulation des Kapitals und die öffentliche Finanzierung der Produktion, in: SOPO 11, der von einer „marxistischen Theorie der Überakkumulation von Kapital“ ausgeht.

Die italienische Stamokap-Forscher gehen nach Richta (Anm. 124) vom Prozeß der Vergesellschaftung der technischen Erfindungen aus (S. 69).

In der DDR herrschen 2 Linien vor; einmal die wesentlich von Zieschang begründete, als dessen Ausfluß man: Zur Theorie des Stamokap, Berlin 1967, begreifen muß.

Zum anderen die Autorenkollektive vom Gesellschaftswiss. Institut des ZK der SED, die ein Sammelsurium von historischer Analyse, empirischer Beschreibung und Ausflüge in die Politökonomie zusammenstellen. Vgl. „Imperialismus heute“, Berlin 1965, für die 60er Jahre und „Der Imperialismus der BRD“, Berlin 1971, für die 70er Jahre.

schlossene und von allen KPen akzeptierte Theorie vorläge. Was vorliegt, sind verschiedene Interpretationsversuche zu dieser Theorie; einig ist man sich nur in den Formulierungen der Internationalen Treffen sowie den Grundtheoremen der „marxistisch-leninistischen Politökonomie“, wie allgemeine Krise des Kapitalismus, Stadientheorie des Kapitalismus, Monopoltheorie usw.

Schon im September 1964 stellt Walter Ulbricht auf der Internationalen Wissenschaftlichen Session zum 100. Jahrestag der I. Internationale die weitere Entwicklung des Stamokap fest und macht den Stalinschen Dogmatismus für die bisherige Ignorierung der neuen Prozesse verantwortlich. Er fordert: „Es ist nunmehr an der Zeit, eine exakte wissenschaftliche Analyse der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den technisch hoch entwickelten Industrieländern auszuarbeiten, **damit auf ihrer Grundlage eine den realen Bedingungen entsprechende Strategie und Taktik entwickelt werden kann.**“¹⁴¹⁾

Das am 30. September und 1. Oktober von der Ideologischen Kommission beim Politbüro des ZK der SED veranstaltete Kolloquium „Das Herrschaftssystem des westdeutschen Imperialismus“ nimmt Ulbrichts Anregung auf.¹⁴²⁾ Über 160 Gesellschaftswissenschaftler der DDR diskutieren nach dem Eröffnungsreferat von Alfred Lemnitz: „Die westdeutsche Bundesrepublik – ein Staat der Monopole“ in vier Arbeitsgruppen über die Probleme des Stamokap.¹⁴³⁾

Der dann ausgearbeitete „Plan zur Erforschung und Propagandierung der Hauptfragen des deutschen Imperialismus“¹⁴⁴⁾ zeigt seine ersten Früchte in der Veröffentlichung der grundlegenden Thesen von „Imperialismus heute“ in der EINHEIT¹⁴⁵⁾ und in der Veröffentlichung des Buches selber.

Auch der später bei den Autoren von „Imperialismus heute“ kritisierte Zusammenhang von Regulierungsmaßnahmen und Krisenzyklus¹⁴⁶⁾ wird von Lemnitz in seinem Eröffnungsreferat schon formuliert¹⁴⁷⁾, der selbst aber

¹⁴¹⁾ Walter Ulbricht: Die I. Internationale und die gegenwärtige kommunistische Bewegung, in: NEUES DEUTSCHLAND v. 26. 9. 64, S. 5 (Hervorh. vom V.)

¹⁴²⁾ Vgl. den Bericht in NEUES DEUTSCHLAND v. 1. 10. 64. Von bes. Interesse ist hierbei, daß das Parteilehrjahr 1964/65 erstmals den Stamokap in sein Programm aufnimmt.

¹⁴³⁾ Alfred Lemnitz: Die westdeutsche Bundesrepublik – ein Staat der Monopole, in: EINHEIT, 11/1964, S. 87 ff. Arno Schoen: Kampf dem Herrschaftssystem des westdeutschen Imperialismus, in: EINHEIT, 12/1964, S. 97 ff.

¹⁴⁴⁾ Schoen, S. 101.

¹⁴⁵⁾ Horst Hemberger/Lutz Maier/ Heinz Petrak/Otto Reinhold/Karl-Heinz Schwank: „Imperialismus heute – der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland (Thesen)“, in: EINHEIT, 1/1965, S. 101 ff.

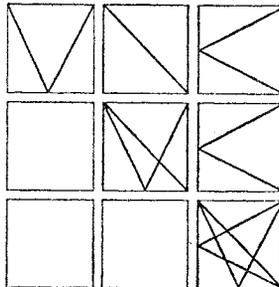
¹⁴⁶⁾ vgl. die Darstellung von Volker Gransow: Vom „Imperialismus heute“ zum „Imperialismus der BRD“, in: SOPO 12, S. 37 ff.

¹⁴⁷⁾ Lemnitz, S. 91: „... mit dem Anwachsen der staatsmonopolistischen Regulierung (entsteht) die Tendenz zu einer **gewissen Veränderung der Wirkungsweise ökonomischer Gesetze** (z. B. des Wertgesetzes)“ (Hervorh. von Lemnitz).

nur das wiederholt, was Ulbricht auf der wissenschaftlichen Session sagte: „Obwohl die Widersprüche im staatsmonopolistischen Kapitalismus zunehmen, ist es ihm doch gelungen, den ökonomischen Zyklus zu verändern. . . Die Labilität der kapitalistischen Wirtschaft verstärkt sich, wird aber im großen Umfang durch Maßnahmen des Staates aufgefangen, so daß sich vielfach Krisenerscheinungen nur als Teilkrisen auswirken. Es kommt hinzu, daß mit Hilfe der Rüstungsproduktion die Gefahr der Überproduktionskrisen vermindert wird.“¹⁴⁸⁾ Aber die Berliner Session ist auch noch wichtig wegen zwei weiterer Beiträge, die beide vom Kampf der Kommunisten um die „neue demokratische Ordnung“ berichten. In dem Beitrag von Jaques Duclos wird das Programm der „demokratischen Regierung von morgen“ in seinen einzelnen Etappen verkündet; d. h. radikaldemokratische Reformen und Verstaatlichungen, die von einer parlamentarischen Mehrheit einer Linkskoalition getragen werden sollen.¹⁴⁹⁾ Dieses sozialdemokratische Programm wird am Schluß von ihm folgendermaßen eingeschätzt:

„Solche demokratischen Reformen . . . sind noch nicht der Sozialismus, aber ihre Durchführung kann günstige Bedingungen für die Erweiterung des Kampfes für die sozialistische Revolution schaffen.“¹⁵⁰⁾

Hans Jürgen Krahl
Konstitution und Klassen-
kampf
Zur historischen Dialektik
von bürgerlicher
Emanzipation und proletarischer
Revolution
406 Seiten, DM 12,00



Otto Rühle
Illustrierte Kultur- und
Sittengeschichte des
Proletariats
606 Seiten
Format 17 x 24 cm
429 Illustrationen
Flexibler Einband
im Schubert, ca. DM 50,00
St.-A. ca. DM 25,00
Oktober

Mario Tronti
Kapital und Arbeiterklasse
ca. 250 S., ca. DM 12,00
Oktober

Probleme sozialistischer
Politik Band 23

Max Raphael
Zur Erkenntnistheorie
der konkreten Dialektik
264 Seiten, ca. DM 18,00
St.-A. ca. DM 9,00
September

Archiv sozialistischer
Literatur Band 25

Verlag Neue Kritik
6000 Frankfurt am Main 1
Myliusstrasse 58
Telefon (0611) 72 75 76

Neuerscheinungen
Herbst 1971

¹⁴⁸⁾ Ulbricht, S. 5 (Anm. 141).

¹⁴⁹⁾ Jacques Duclos: Der Kampf für die Demokratisierung des zentralen und örtlichen Staatsapparates, in: NEUES DEUTSCHLAND v. 28. 9. 64.

¹⁵⁰⁾ ebenda, S. 4.

Und für die KPI faßt Luigi Longo diese Politik zusammen:

„Die Alternative, die wir vorschlagen und auf deren Grundlage man eine breite Vereinigung der sozialen und politischen Kräfte herstellen kann und muß, ist **keine sozialistische Alternative**. Wir kämpfen um eine Programmierung der Wirtschaft(!) und eine demokratische Umgestaltung des Staates, die den Weg zum Sozialismus eröffnet.“¹⁵¹⁾

Emilio Sereni stellt in seiner Rede zunächst den entscheidenden methodischen Unterschied zwischen Marx' „Kapital“ und Lenins „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ fest,¹⁵²⁾ und folgert aus Lenins Analyse der Umwandlung des Staates in der Epoche des Monopolkapitalismus die neuen Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik, welche durch den Stomokap verstärkt zutage treten.

„Für die Arbeiterklasse heißt dies, daß in diesen Ländern jeder wirtschaftliche Kampf notwendigerweise ein politischer wird, ein Kampf für die Demokratisierung des Staates, seines inneren und äußeren Apparates.

Selbst der Kampf um die Macht ist in den kapitalistischen Ländern unter diesen Bedingungen nicht als die Sache eines Moments zu denken, der gestatten würde, sich zur Stunde X des Staatsapparates zu bemächtigen, nur um ihn zu zerschlagen und ihn durch einen anderen zu ersetzen. Eine derartige Auffassung wäre kindisch zu einer Zeit, da die Festigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik grundlegend geändert hat, zu einer Zeit, da der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeter **das Vorzeichen der Institutionen des Staatskapitalismus umzukehren in der Lage ist, um daraus Instrumente einer demokratischen antimonopolistischen Programmierung und Positionen** zu machen, deren Eroberung sie in die Lage versetzt, tiefe Breschen in die Festungen des Imperialismus und Kapitalismus zu schlagen.“¹⁵³⁾

Schon im Programm der KPdSU von 1961 war als neue Definition des Stomokap das unmittelbare Eingreifen des Staates in den Reproduktionsprozeß, seine regulierenden Maßnahmen, festgehalten worden.¹⁵⁴⁾ Das Eingreifen des Staates in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß erfährt im Verlauf der Diskussion eine weitergehende Interpretation: aus dem puren Konstatieren wird zwingende Notwendigkeit.

¹⁵¹⁾ Longo auf dem XI. PT der KPI; zit. bei Aldo Tortorella: Die Aufgaben der italienischen Kommunisten im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus, in: PFS 4/1966, S. 308.

¹⁵²⁾ vgl. Emilio Sereni (Anm. 51), wo er Marx' Methode im „Kapital“ damit kennzeichnet, daß M. objektive ökonomische Gesetze unabhängig von den Einwirkungen des bürgerlichen Staates aufstellt. Lenin dagegen in seiner Analyse definiere Monopol nicht nur als ökonomischen Fakt, „den man auf einer ausschließlich strukturellen Ebene charakterisieren kann“, vielmehr könnten die objektiven Gesetze der Ökonomie des Imperialismus nicht außerhalb der neuen Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie definiert werden.

¹⁵³⁾ ebenda.

¹⁵⁴⁾ (s. Anm. 117, S. 17). Daß dies auch so verstanden wurde, s. dazu Henri Claude: auf der Tagung „Probleme des modernen Kapitalismus“, in: PFS 11/1962, S. 982.

Bereits im Programm der SED 1963 wird festgestellt (zunächst nur für die BRD), daß „nunmehr das Hinüberwachen vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzogen“¹⁵⁵⁾ sei. Auch in der internationalen Diskussion setzt sich diese Meinung — für alle hochentwickelten kapitalistischen Staaten — nach und nach durch.¹⁵⁶⁾

Diese „Durchsetzung“ wird dahingehend interpretiert, daß „die wirtschaftliche Tätigkeit des westdeutschen Staates . . . zu einem immanenten Faktor des Reproduktionsprozesses“¹⁵⁷⁾ geworden sei, zu einem „ökonomischen Faktor . . ., ohne den der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß nicht mehr vonstattengehen kann.“¹⁵⁸⁾ Der Akzent in der Analyse des Eingreifens des Staates verschiebt sich. Wurde früher vor allem der Umverteilungsprozeß des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt in die Hände der Monopole bzw. des Finanzkapitals (als Quelle des Monopolprofits) als das wichtigste angesehen, treten später die Methoden nicht einfach der Umverteilung, sondern der staatlichen ökonomischen Tätigkeit überhaupt in den Mittelpunkt des Interesses. Möglichkeiten und Grenzen sowie konkrete Formen der staatsmonopolistischen „Regulierung“, „Programmierung“ oder „Planung“ werden untersucht.¹⁵⁹⁾

Indem der Staat aber nicht mehr einfach als Unterdrückungsapparat der Monopole, sondern auch in seiner Funktionalität der Aufrechterhaltung der Re-

¹⁵⁵⁾ Programm der SED, 1963, 6., Berlin 1970, S. 26.

¹⁵⁶⁾ vgl. den Meinungsaustausch: „Das Finanzkapital heute“ in: PFS 10/1964, S. 875: „Offensichtlich stellt eine bestimmte Einmischung des Staates in die Wirtschaft heutzutage bereits eine lebensnotwendige Bedingung für die bloße Existenz des Finanzkapitals, für sein Funktionieren im Reproduktionsprozeß dar.“

¹⁵⁷⁾ „Imperialismus heute“, 4., Berlin 1966, S. 142.

¹⁵⁸⁾ Otto Reinhold: Die Widersprüche des Imperialismus und die demokratische Alternative, in: EINHEIT 7/1966, S. 876. Vgl. auch Heininger/Hess: „Die Aktualität der Leninschen Imperialismus-Kritik“, Berlin 1970: „Das kapitalistische System insgesamt funktioniert nicht mehr ohne die immer umfassendere Aktivität des Staates.“ (S. 51).

¹⁵⁹⁾ u. a.: Alter: Theorie und Praxis der kapitalistischen Regulierung, in: SQWJET-WISSENSCHAFT 7/1964.

Dieter Klein: Möglichkeit und Grenzen der Programmierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: EINHEIT 8/1964.

Dieter Klein: Staatsmonopolistische Programmierung in der EWG, Berlin 1965.

Lauterbach Söder: Planung — Wissenschaft oder Spekulation, Berlin 1965.

Dubson/Prokrowski: Wirtschaftsprogrammierung in Westeuropa, SOWJETWISS. 8/1965. Alfred Bönsch: Theoretische Probleme gesamtwirtschaftlicher Prognosen im modernen Kapitalismus, in: PROBLEME DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Bd. 9, 1966.

DWI-Bericht 4/1966: Zum gegenwärtigen Stand der Planungs- und Perspektivdiskussion in Westdeutschland.

Gerd Maurischat: Eine neue Etappe der staatsmonopolistischen Regulierung in Westdeutschland, in: WIRTSCHAFTSWISS. 4/67, S. 604.

Lola Zahn: Die frz. Planifikation als Modellfall der staatsmonopolistischen Programmierung, in: KONJUNKTUR UND KRISE 3/68.

Kurt Zieschang: Zum staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus, in: Wirkungsmechanismen des Ökonomischen Wachstums, Berlin 1968.

Alfred Bönsch: Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus, Berlin 1969.

DWI-Forschungsheft 1/1969: Staat — Monopole — Wirtschaftsregulierung.

produktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, der Planungs- und Prognose-tätigkeit¹⁶⁰⁾ betrachtet wird, führt die Analyse des „Doppelcharakters“ des bürgerlichen Staates¹⁶¹⁾ zu einer spezifischen Taktik der KPen.

Schon 1964 fordert Dieter Klein für Westdeutschland ähnliche wirtschafts-politischen „Alternativen“, wie sie von den KPen Frankreichs und Italiens in ihrem Verlangen nach einer „demokratischen Wirtschaftsplanung“ ausgearbeitet worden sind. Es sei möglich, „eine demokratische Wirtschaftsplanung zu entwickeln, noch ehe der Sozialismus in Westeuropa gesiegt hat“.¹⁶²⁾ Das heißt aber, daß diese „Alternative“ auf die Planungsbehörden, Prognostiker und Regulierungsmethoden des bestehenden Systems zurückgreifen muß. „Der Mechanismus des Programmierens kann von den antimonopolistischen Kräften ausgenutzt werden, was die Dogmatiker nicht begreifen“.¹⁶³⁾

In dieser Tatsache des Eingreifens des Staates in ökonomische Prozesse wird nun „der Angelpunkt für das heutige System und für die Bewegungsform der kapitalistischen Widersprüche ebenso wie für die Bedingungen des Klassenkampfes“¹⁶⁴⁾ gesehen. Denn es „ergibt sich die Schlußfolgerung, daß zwischen dem heutigen staatsmonopolistischen Herrschaftssystem und der sozialistischen Revolution offensichtlich eine Periode des Ringens um eine antiimperialistische Demokratie liegt. Der Kampf um diese **demokratische Alternative** zum staatsmonopolistischen Kapitalismus **wurde nicht um sozialistische Ziele notwendig**, sondern ist erforderlich, um normale Existenz- und Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands zu gewährleisten. Die Anerkennung der Prinzipien dieses antiimperialistischen Kampfes ist äußerst wichtig für die Herstellung eines breiten Bündnisses aller nichtmonopolistischen Schichten des Volkes. **Entscheidend dafür ist nicht ihre Vorstellung von der sozialistischen Revolution**, sondern ihre Bereitschaft, gegen die Allmacht der Monopole **um eine echte demokratische Ordnung zu kämpfen**.“¹⁶⁵⁾

„In einer auch nur einigermaßen (!) demokratischen Ordnung würde der wachsende Einfluß des Staates und seiner Politik auf die Arbeit und Lebensbedingungen seiner Bürger einhergehen mit dem wachsenden Einfluß seiner

¹⁶⁰⁾ Die Analyse der kapitalistischen staatlichen Regulierung in Stamokap geht Hand in Hand mit der Ausarbeitung der neuen ökonomischen Systeme des Sozialismus, der Planungs- und Leitungsmodelle der sozialistischen Staaten. Ein eingehender Vergleich sowohl der NÖSPL/ÖSS- sowie der Stamokap-Diskussion der DDR – vor allem die Frage der gegenseitigen Beeinflussung – gehört zu den Notwendigkeiten einer Analyse der DDR.

¹⁶¹⁾ vgl. Erkki Tuominen: Die sozialistische Revolution und der bürgerliche Staat, in: PFS 6/1964, S. 441 ff.

¹⁶²⁾ Dieter Klein: Möglichkeiten und Grenzen der Programmierung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, EINHEIT 8/64, S. 114.

¹⁶³⁾ G. P. Tschernikow: Die Theorie des modernen Kapitalismus (Zur Methodologie der Frage), in: PFS 11-12/64, S. 1030.

¹⁶⁴⁾ Reinhold (Anm. 158), S. 876.

¹⁶⁵⁾ Otto Reinhold: Neues in den Bedingungen des Kampfes für eine demokratische Alternative, in: PFS 3/66, S. 210 (Hervorh. vom V.)

Bürger . . . auf die Politik dieses Staates".¹⁶⁶⁾ Woraus folgerichtig auch der Kampf um „demokratische Positionen“ gefordert wird sowie „echte Reformen“¹⁶⁷⁾ (sogar eine Parlamentsreform):

„Aus dem Besitz solcher demokratischen Positionen wächst auch die Möglichkeit, die ökonomische Macht der Monopole und ihren Einfluß auf die Entwicklung der Volkswirtschaft einzuschränken.“¹⁶⁸⁾

„. . . jede demokratische Position auf ökonomischem oder politischem Gebiet (wird) zu einer ernsthaften Gefahr für die Herrschaft der Monopole. . .“¹⁶⁹⁾ Sind diese Gedanken einer „demokratischen Alternative“ noch relativ unsystematisch, so entwickelt sich Ende der 60er Jahre ein neuer Ansatzpunkt, der insbesondere von den KPen Italiens, Frankreichs und Finnlands¹⁷⁰⁾ forciert wird: die Theorie des „antimonopolistischen Staates“.

Dieser Staat, der von einer „antimonopolistischen“ (also Links-) Koalition getragen wird, ist kein sozialistischer; die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse werden nicht aufgehoben, sondern nur das monopolistische Eigentum wird „eingeschränkt“ und später beseitigt, d. h. nationalisiert.

„Dennoch ist anzunehmen, daß es sich schon nicht mehr um einen kapitalistischen Staat im kapitalistischen Sinne handelt.“¹⁷¹⁾ Dieser sozialdemokratische Staat der Reformen kann sich bei einer solchen Politik „sofort auf den staatlichen Sektor und alle sich in dessen Verfügung befindlichen Hebel stützen.“¹⁷²⁾

Und man glaubt Karl Schiller zitiert zu sehen, wenn daraus gefolgert wird: „Mittels des staatlichen Instrumentarismus läßt sich eine relativ harmonische und weniger störanfällige wirtschaftliche Entwicklung erreichen, lassen sich die ökonomischen Widersprüche samt ihren nachteiligen Folgen abschwächen.“¹⁷³⁾

Dieser „**allgemeindemokratische**“ Staat sei objektiv notwendig und möglich, da ein „direkter, unmittelbarer Übergang vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus“ nicht möglich sei.

¹⁶⁶⁾ Reinhold (Anm. 158), S. 877.

¹⁶⁷⁾ Reinhold, ebenda.

¹⁶⁸⁾ Vgl. Reinhold (Anm. 165), S. 210, wo zugegeben wird, daß die Forderung nach „Mitbestimmung“ ursprünglich eine reformistische Forderung war, heute aber eine „echte Reform“ darstelle, weil sie mobilisiert und eine Beschränkung der ökonomischen und politischen Macht der Monopole ermöglichen soll.

¹⁶⁹⁾ ebenda, S. 211.

¹⁷⁰⁾ bes. XIX PT der KPF, XIV PT der KP Finn.; XII PT der KPI.

¹⁷¹⁾ W. Tscheprawow: Ökonomische Probleme des antimonopolistischen Staates, in: SOWJETWISS. 3/1971, S. 264.

Auf der Moskauer Konferenz aus Anlaß des 50. Jahrestages des Erscheinens von Lenins Imperialismus-Broschüre 1967 nennt Tscheprawow ihn „**antimonopolistischer Staatskapitalismus**“, zit. bei: Andrej Borodajewski: Die Leninsche Lehre vom Imperialismus, in: PFS 5/67, S. 409.

¹⁷²⁾ Tscheprawow, ebenda, S. 266.

¹⁷³⁾ ebenda, S. 270.

„**Zwischen** der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus liegt die Erkämpfung und Entfaltung der fortschrittlichen antiimperialistischen Demokratie unter der Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen antiimperialistischen, demokratischen und friedliebenden Kräften.“¹⁷⁴⁾

Diese formale Trennung zwischen Demokratie und Sozialismus, zwischen demokratischer Revolution und sozialistischer Revolution, deren Vermittlung in der naturgeschichtlichen Notwendigkeit des Entwicklungsganges der Produktivkräfte liegen soll, spiegelt das vorherrschende historische Verständnis der osteuropäischen Volksdemokratien wider: Gerade von der SED wird immer wieder der Beispielcharakter der eigenen Historie: der zwei Revolutionen: „der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung“¹⁷⁵⁾ für die Strategie der DKP und die Perspektive eines sozialistischen Westdeutschlands betont.

Wie der Faschismus, so soll auch der Stamokap auf dem prinzipiell gleichen Wege beseitigt werden: mit der Strategie der Volksfront.

¹⁷⁴⁾ „Der Imperialismus der BRD“, Berlin 1971, S. 566/567.

¹⁷⁵⁾ Walter Ulbricht: Der Weg zum zukünftigen Vaterland der Deutschen, Berlin 1966,

Fazit:

Die Theorie des Stamokap – die ja den Anspruch hat, eine marxistische Analyse des bestehenden Kapitalismus in den entwickelten westlichen Ländern zu sein – kann nicht ohne die Kenntnis ihrer Entwicklungsgeschichte beurteilt werden. Der Entwicklungsgang dieser Theorie ist aufs Engste mit der Entwicklung der SU und der Politik der KPdSU verzahnt.^{175a)}

Die Erfahrungen des 2. Weltkrieges verführen die sowjetischen Wissenschaftler dazu, an alte marxistische Theorien aus der Zeit nach dem 1. Weltkrieg anzuknüpfen. So kann Varga in der Organisation der Kriegswirtschaft wiederum die neuen Elemente eines Staatskapitalismus entdecken, in dem der Übergang zum Sozialismus greifbar nahe gerückt ist. Es paßt durchaus ins taktische Kalkül einer Politik, die auf wirtschaftlichen Wettbewerb und national-demokratische Umwälzung setzt, wenn im bürgerlichen Staat das Zentrum der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung gesehen wird. Ihn gilt es – mit breiten Bündnissen je nach den politischen Verhältnissen – zu erobern und „umzudrehen“. Es ist nur folgerichtig, wenn bei Zielvorstellungen wie (formale) Demokratie, nationale Politik und Organisation der Volkswirtschaft mit dem Mittel der staatlichen Zentralisation der Klassenkampfbewegung enge Grenzen gesetzt sind.

Die Ansätze des Stamokap werden aber rigoros zerschlagen im Wechsel der politischen Auseinandersetzungen. In der einsetzenden Kalte-Krieg-Psychose degeneriert die sowjetische Wissenschaft zur willigen Interpretations-Kunst politischer Leitsätze. Was einmal als kritische Wissenschaft begann, endet hier als wütende Apologetik.

Erst seit Mitte der 50er Jahre wird die so verkommene Wissenschaft wieder zu beleben versucht. Die Rehabilitierung wissenschaftlichen Forschens spiegelt sich auch in der Frage nach einer Theorie des Stamokap wieder. Nun können die Ansätze wieder aufgenommen werden, deren Begründer und innere Begründungszusammenhänge aber inzwischen aus dem Bewußtsein verdrängt sind. Alte Ansätze werden mit neuen Theoremen („technische Revolution“) verknüpft, alte Theoreme werden fallengelassen („absolute Verelendung“). So zeichnen sich Umrissse einer umfangreichen, additiven Theorie des modernen Kapitalismus ab, die es aber noch zu systematisieren gilt.

Diese Phase der wissenschaftlichen Arbeit: die Formulierung einer geschlossenen Theorie, um die sich die Anstrengungen der Stamokap-Theoretiker auch heute noch zentrieren, gestaltet sich aber sehr schwierig.

Nicht allein wegen der Komplexität des zu bewältigenden Stoffes, der Fülle der noch zu lösenden theoretischen Probleme und der Schwierigkeiten bei der notwendig kollektiven Organisierung der wissenschaftlichen Arbeiten, sondern wesentlich eben aus einigen immanenten Gründen.

zit. bei: Sieglinde Heppner (Anm. 128), S. 566.

^{175a)} Der Einfluß und die Rolle der westlichen KPen bei der Ausarbeitung der Theorie des Stamokap muß hierbei weiteren Beiträgen überlassen bleiben. Vgl. auch Anm. 103.

Lenin — Rosa Luxemburg

ANALYSE IHRER DIFFERENZEN



SCHRIFTENREIHE DES KOMMUNISTISCHEN STUDENTENBUNDES
GÖTTINGEN

In dieser Analyse werden die theoretischen und praktischen **Differenzen** zwischen Lenin und Luxemburg, ausgehend von ihrer **Gemeinsamkeit**, entfaltet: dem Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus. Lenin wie Luxemburg begriffen ihren Kampf gegen den Revisionismus als Kampf gegen das Eindringen der bürgerlichen Ideologie in die Arbeiterbewegung. Deshalb konnte dieser Kampf nicht allein mit den Mitteln der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie geführt werden, sondern nur als Teil des Klassenkampfes. Sieht man die gewiß weitreichenden Differenzen zwischen Lenin und Luxemburg im Lichte dieser Gemeinsamkeit, so ist damit von vornherein jenen Versuchen die Grundlage entzogen, die hinter der Kontroverse dieser beiden Führer der revolutionären Arbeiterbewegung die eigenen Abweichungen von eben dieser mit Lenins und Luxemburgs Namen verbundenen revolutionären Bewegung verstecken wollen.

DM 2,50

Zu beziehen über:

polibudo
politischer buchladen

34 Göttingen

Weender Straße 78
Eingang Judenstraße
Telefon 05 51 / 5 96 44

in der politischen Einschätzung oder sogar der veränderten Taktik der Partei. Gerade dieses (kurzfristige) taktische Kalkül hat wesentlichen Einfluß auf die Strukturierung der Theorien.¹⁷⁶⁾

Zu der beliebigen Funktionalisierung von Begriffen gesellt sich die Ent-Historisierung. Aus den konkreten historischen und Sinn-Zusammenhängen gerissen, werden sie zu blassen Abstraktionen von Erscheinungen verdünnt, die dann am jeweiligen Stoff Beweiskraft für eine bestimmte politische Praxis erhalten. Andererseits leisten die so verknöcherten Begriffe auch einer puren Begriffs-Dialektik Vorschub.

Das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität der Theoreme dieser Theorie und ihres methodischen Ansatzes ist „Reflex“ der veränderten politischen Situation. Das Problem einer geschlossenen Theorie des Stamokap besteht aber gerade darin, ihre verschiedenen Elemente in Einklang zu bringen, aufeinander abzustimmen, wobei bei veränderten Situationen neue Theoreme aufgenommen werden müssen (bzw. alte re-aktualisiert), die den Prozeß der Angleichung laufend komplizieren.¹⁷⁷⁾

Aber nicht nur die Frage nach der Komplexität oder der inneren Vielfalt der Theoreme ist schwer zu beantworten; auch die methodischen Unterschiede, die Unterschiede im Abstraktionsgrad der einzelnen Theorie-Teile sind in ihrer Beziehung zueinander genau abzustimmen. Die Theorie des Stamokap zerfällt in Einzel-Theorien, die zunächst nur in Addition und unter der Frage des Verhältnisses von Staat und Monopolen zugeordnet werden.

Getreu der Studententheorie (Konkurrenz-, Monopol-, Staatsmonopolistischer Kapitalismus) muß den Stamokap-Theoretikern daran liegen, die innere Struktur des Stamokap aufzuzeigen, die konkreten Erscheinungsformen mit den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Ökonomie in angebbare Beziehung zu setzen.

Der Begriff des Monopols kann das nicht leisten. Jedes direkte Anknüpfen an Marx muß aber notwendig zu einer veränderten Beurteilung bisher selbstverständlicher Theoreme führen, da die methodischen Differenzen der Kritik der Politischen Ökonomie bei Marx und den Theorien eines ‚Monopol-‘ und ‚staatsmonopolistischen Kapitalismus‘ deutlich zutage treten würden.

Es sind aber diese das Selbstverständnis der KPen ausmachenden, zentralen kontinuierlichen Theoreme wie die offizielle Partei-Geschichte, die Faschismus-Theorie der Komintern, die Theorie der allgemeinen Krise des

¹⁷⁶⁾ Vgl. z. B. die Veränderungen von „Imperialismus heute“ zu „Der Imperialismus der BRD“. Das Kapitel über die Funktionen der bürgerlichen politischen Ökonomie im Stamokap wurde gestrichen – dafür wird jetzt der bürgerlichen Futurologie besonderes Augenmerk geschenkt. Neu aufgenommen wurden die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, Probleme des Bündnisses mit der Intelligenz, die Theorie des antimonopolistischen Staates sowie eine Stellungnahme zu Formen des Klassenkampfes (im Anschluß an Fragen, die von der Studentenbewegung wieder aufgeworfen wurden: Spontaneität, Bewußtsein und Aktion; Reform und Revolution; Gewalt und außerparlamentarische Aktion).

Kapitalismus, die Stadientheorie des Kapitalismus, die Monopoltheorie und die Volksfrontstrategie, auf die alle anderen Theorie-Teile angepaßt werden. In dieses Korsett läßt sich jedoch eine marxistische Analyse des modernen Kapitalismus nicht einpressen – es sei denn, man begnügt sich mit einer – auch noch brüchigen – Modelltheorie.

Wie die Theorie also als Ganzes, so sind auch Teile dieser Theorie aus methodischen Gründen völlig abzulehnen; andere, z. B. einige empirische Teile aber aus den erwähnten Gründen nur mit Vorsicht zu gebrauchen.

Für diejenige marxistische Intelligenz, die weder in der sozialdemokratischen noch (DKP-) kommunistischen „Realpolitik“ eine sozialistische Alternative zum bestehenden Kapitalismus in der BRDD erkennen können, gilt es die theoretischen Grundlagen dieser Alternative selbst zu schaffen.

¹⁷⁷⁾ Jetzt z. B. die Frage des Verhältnisses der internationalen Monopole zum nationalen Staat, die das gegenwärtige Verständnis der „Verschmelzung von Staat und Monopolen“ wieder umwerfen kann.